Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 433 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,50, vierteljährlich Mk. 4,50 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,65, vierteljährlich Mk. 4,95 außer Postgeld

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Abend-Ausgabe

Mittwoch, 3. September

Anzeigenpreis: Die 7gesp. 38 mm breite mm-Grundzeile 20 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 ₰. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Bis zur höchsten Stufe?

In seinem von uns schon besprochenen Artikel „Haben wir eine Demokratie in Deutschland?" sagt Herr Geheimrat Abderhalden: „Die wahren Demokraten müssen sich klar bewußt bleiben, daß die Annahme der demokratischen Verfassung nicht gleichwertig mit der wirklichen Durchführung der Demokratie ist!" Für diese bildet nach Abderhalden die Verfassung nur den äußeren Rahmen, innerhalb dessen jetzt „die obersten Grundsätze der wahren Demokratie" verwirklicht werden müssen: „Der fundamentalste Grundsatz der Demokratie ist neben gleichen Rechten aller Volksangehörigen Pflichterfüllung bis zum äußersten im Interesse der Allgemeinheit. Jeder hat an seiner Stelle, auch wenn es ihm schwer wird und ihm die neue Zeit schwere und schwerste Opfer auferlegt, noch in viel höherem Maße als früher seine Pflicht zu tun. Das ganze Denken und Handeln muß auf die Schaffung der besten sozialen Bedingungen für das gesamte Volk eingestellt sein. Jeder muß über seine Berufsarbeit hinaus für die Allgemeinheit noch etwas besonderes leisten." „Nicht Interessenpolitik gilt es zu verfolgen! Höchste soziale Leistungen im Interesse des Gesamtwohls heißt es vollbringen. Pflicht und wieder Pflicht heißt es fordern." Herr Geheimrat Abderhalden weiß und sagt es selbst, daß die Menschen, die in den Rahmen dieser Verfassung gehören, nicht vorhanden sind. Denn es sind Idealmenschen, Uebermenschen, die es auf dem Planeten Erde nicht gibt. Den deutschen Menschen, so wie sie wirklich vorhanden sind, entsprachen Staatsform, Verfassung und Rechtszustand des alten Systems, unter dem Deutschland groß und reich geworden war. Die Menschen, welche die von Abderhalden skizzierten „obersten Grundsätze der wahren Demokratie" verwirklichen sollen, wird es nie geben! Herr Geheimrat Abderhalden scheint selbst Zweifel darüber bekommen zu haben, ob sich seine „obersten Grundsätze" werden durchführen lassen, wenn er auf die Warnungen der Leute hinweist, welche „meinten, das deutsche Volk sei nicht reif für eine Demokratie! Vollste Pflichterfüllung ohne Zwang sei ausgeschlossen! Nie werde der Deutsche die harte Faust entbehren können." Und vorwurfsvoll fragt er danach: „Sollen diese Urteile über deutsches Wesen recht behalten?" Es ist ebenso reizvoll wie dankenswert, daß Abderhalden auch ausführt, wie die Menschen in dieser demokratischsten Verfassung in Wirklichkeit aussehen: „Nicht eine pflichtbewußte Masse zog des Weges! Viele Rechte wurden gefordert, dagegen fehlte die Erfüllung der Pflicht!" „Kein Wille zur gemeinsamen Arbeit für den Wiederaufbau des zusammengebrochenen Vaterlandes. Ueberall Abbau, überall Mißtrauen. Ueberall eine Unwahrhaftigkeit, wie sie größer kaum sein kann." Wenn wir auch der Ansicht sind, daß hier übertrieben worden ist, so kann doch wohl nicht in Abrede gestellt werden, daß die Menschen unter dem neuen System nicht auf der Höhe geblieben sind, die sie unter dem alten System erreicht hatten. Die gegenwärtige Staatsform und die demokratische Verfassung sind somit dem deutschen Volke nicht zum Segen geworden. Sie setzen Menschen voraus, die es nicht gibt, und müssen darum die vorhandenen Menschen, denen sie nicht entsprechen, nicht besser, sondern schlechter machen. Eine noch höhere Stufe als die Demokratie stellt nach Abderhalden der Sozialismus dar, und hoch über diesem wieder steht der Kommunismus: „Erfordert schon die reine Demokratie höchste Pflichterfüllung, so ist das in noch viel größerem Maße der Fall, wenn ganze Betriebe der Allgemeinheit zuerkannt werden." „In noch viel höherem Maße verlangt der Kommunismus Idealmenschen, denen jeder eigensüchtige Zug vollständig fehlt!" Da nun schon die Demokratie, weil sie zu hohe Anforderungen an die Menschen stellt, diese nicht hebt, sondern in ihrem Niveau herunterdrückt, („überall eine Unwahrhaftigkeit, wie sie größer nicht sein kann"), so müssen logischerweise noch mehr der Sozialismus und der Kommunismus, weil sie in noch höherem Grade Idealmenschen voraussetzen, die vorhandenen Menschen verwildern lassen. „Was durch die Erfahrung bestätigt sein dürfte! Je „höher" also nach Abderhalden die Form des Zusammenlebens der Menschen steht (konstitutionelle Monarchie — parlamentarische Demokratie — Sozialismus — Kommunismus), desto größer ist die Gefahr, daß die Menschen untereinander verkommen. Weil die nächst höhere Stufe eben noch höhere Anforderungen an die Menschen stellt und auf deren tatsächliche Eigenschaften überhaupt keine Rücksicht mehr nimmt. Umgekehrt ist der Satz aber richtig, daß diejenige Staatsform und Verfassung die besten sind, welche dem jeweiligen Zustand der Menschen am meisten Rechnung tragen. Daß dies unter dem alten System der Fall war, welches seit dem Rücktritt Bismarcks allmählich durchlöchert und am 9. November vorigen Jahres endgültig vernichtet wurde, dürfte heute allen ernst denkenden Menschen nicht mehr zweifelhaft sein. — Einstweilen will Herr Geheimrat Abderhalden, ein führendes Mitglied der „Deutschen demokratischen Partei" und Mitglied der Preußischen Landesversammlung, aber bei der Demokratie bleiben. Ob ihm das jedoch auf die Dauer möglich sein wird, da der Geist des edlen Menschen doch immer nach der höchsten Stufe menschlicher Vervollkommnung strebt? Und Herr Geheimrat Abderhalden eines Tages nicht doch noch beim Kommunismus landen wird? Wir sehen, da er in den Kommunisten Idealmenschen erblickt, „denen jeder eigensüchtige Zug vollständig fehlt", seiner politischen Entwicklung jedenfalls mit Interesse entgegen.

Helmut Böttcher.

Eine neue Drohung

Zürich, 3. September.

Havas und Reuter melden: Der Oberste Rat richtete an die deutsche Regierung eine energische Note, in der auf den Widerspruch zwischen dem Artikel 61 der deutschen Verfassung, der eine österreichische Vertretung im Reichrat vorsieht, und dem Artikel 80 des Friedensvertrages von Versailles vom 28. Juni, durch den Deutschland sich dazu verpflichtet, die Unabhängigkeit Oesterreichs zu achten, hingewiesen wird. Die Alliierten verlangen die Aufhebung des Artikels 61 innerhalb von 15 Tagen. Sie wollen weitere Gebiete am Rhein besetzen, falls dieser Aufforderung bis dahin nicht Folge gegeben worden ist.

Versailles, 3. Sept.

Nach dem Journal hat die juristische Kommission der Friedenskonferenz ihren Bericht über die deutsche Verfassung fertiggestellt und der Friedenskonferenz übermittelt. Sie vertritt die Ansicht, daß die Artikel 2 und 61 der Verfassung gegen den Artikel 80 des Friedensvertrages von Versailles verstoßen.

Dazu schreibt der „Lokal-Anzeiger":

Die Bestimmungen des Versailler Vertrages über Deutsch-Oesterreich legen Deutschland die Verpflichtung auf, die Unabhängigkeit Deutsch-Oesterreichs anzuerkennen und keiner Veränderung zuzustimmen, es sei denn mit Einwilligung des Völkerbundes. Kein Wort der beiden genannten Artikel der Verfassung widerspricht dem Versailler Vertrage, denn in beiden wird von der Aufnahme Deutsch-Oesterreichs nur als von einer bedingten Möglichkeit gesprochen, ganz ähnlich — wenn auch mit anderen Erwartungen — wie im Vertrag. Die groteske Forderung, die deutsche Regierung solle die Verfassung binnen 15 Tagen abändern, ist so lächerlich, daß man versucht wäre, an einen Irrtum zu glauben, wäre nicht gerade das Lächerliche, wenn es nur brutal genug ist, bei diesen Pariser Beschlüssen das Wahrscheinlichste. Die Regierung kann natürlich die Verfassung nicht abändern, sie muß es der Nationalversammlung vorschlagen, deren Einberufung für den 30. September geplant war. Sie wird nun vielleicht früher zusammentreten müssen, um zu dieser neuen, ganz überflüssigen und willkürlichen Erpressung, die an Deutschland vorgenommen werden soll, Stellung zu nehmen. Mit diesem völlig unberechtigten Eingriff in die innerste Selbstbestimmung Deutschlands, der von einer so schweren erpresserischen Drohung begleitet wird, haben die glorreichen Schützer der Freiheit und des Rechtes jedenfalls eine neue Glanzleistung vollbracht. Man wird sie sich merken, wie die übrigen auch.

Oberschlesien

Breslau, 3. September.

Amtlich wird mitgeteilt: Bei der Niederwerfung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien findet dauernd eine Beunruhigung unserer Grenzwachen statt. Infanterie-, Maschinengewehr- und Minenwerferfeuer schlägt uns tagtäglich von jenseits der Grenze entgegen. Heimtückische Ueberfälle bewaffneter Banden, die aus polnischem Gebiet vorstoßen und sich beim Gegenstoß unserer Truppen ebenso schnell dorthin in Sicherheit bringen, sind an der Tagesordnung. Der polnische Grenzschutz tut nichts, um diese Uebergriffe, die sich vor seinen Augen abspielen, zu verhindern. Im Gegenteil, die Banden werden von der polnischen Armee organisiert, mit Waffen und Munition versehen und von polnischen Offizieren für ihre Aufgabe geübt. Das Generalkommando des 6. Armeekorps hat die in Oberschlesien weilende Ententekommission auf dieses Verhalten der Polen aufmerksam gemacht und gebeten, an Ort und Stelle die polnischen Uebergriffe festzustellen, um Abhilfe herbeizuführen. Die Erbitterung unseres Grenzschutzes über die heimtückischen Ueberfälle ist im Wachsen. Er hat sich bisher damit begnügt, die einbrechenden Banden nur auf eigenem Gebiet zu bekämpfen. Auf die Dauer kann aber eine solche Zurückhaltung von unseren Truppen nicht verlangt werden.

Nach Mitteilung der zuständigen Stellen wird der militärische Schutz in Oberschlesien nicht vermindert, sondern nach Möglichkeit verstärkt werden. Die erforderlichen Schritte sind veranlaßt. Die Bevölkerung wird dringend gebeten, die Ruhe zu bewahren.

Rücksendung der Geiseln durch die Polen

Verabredungsgemäß hat die Rücksendung der von den Polen verhafteten und verschleppten Geiseln begonnen. Die in Dziobitz festgenommenen Personen befinden sich zwar unter den Ausgelieferten noch nicht, man hofft aber, daß auch sie bald ausgeliefert werden.

Zwiespalt in der Entente

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 3. September.

Die „Neue Berliner Zeitung" erfährt von zuständiger Seite: Nach der Rückkehr der 2000 Mann aus englischer Kriegsgefangenschaft haben die Engländer angezeigt, daß sie täglich weitere 3000 Mann entlassen werden. Weitere Mitteilungen ergaben, daß die Hoffnung begründet ist, daß die französischen und auch die englischen Lager in Frankreich geräumt werden. Die Engländer haben zur Ueberraschung der deutschen Behörden sich um die Abmachungen gar nicht gekümmert. Ihr ganzes Verhalten läßt darauf schließen, daß es sich um ziemlich tiefgehende Unstimmigkeiten in der englischen und französischen Auffassung handelt, denn auch in der Heimsendung der Gefangenen herrschte das Prinzip, gemeinsam mit den anderen Regierungen vorzugehen. Die Engländer sind sogar soweit gegangen, bei der Reichswehrbefehlsstelle, der neuen Bezeichnung für das Kriegsministerium, um Aufnahme eines englischen Delegierten zu bitten, der mit den deutschen Bevollmächtigten zusammen alle weiteren Schritte vereinbaren soll.

Der Friede mit Oesterreich

St. Germain, 2. September.

Laut Meldung des „Wiener Tel. Corr.-Büros" überreichte der Generalsekretär der Friedenskonferenz, Dutasta, dem Staatskanzler Dr. Renner im Auftrag der Kommission die Antwort der Friedenskonferenz.

Das vorgelegte Bordereau zählt folgende sechs Schriftstücke auf:

1. einen Geleitbrief des Präsidenten Clemenceau an den Leiter der österreichischen Friedensdelegation;
2. die Antwort der alliierten und assoziierten Mächte auf die Bemerkungen der österreichischen Abordnung;
3. den endgültigen Text der Friedensbedingungen;
4. ein Zusatzprotokoll, das die in dem früheren Memorandum enthaltenen Bestimmungen wiederholt;
5. eine Erklärung betr. die Erteilung von Auskünften über versenkte Schiffe, und
6. eine besondere Erklärung betr. die Aus-, Ein- und Durchfuhrbeschränkungen zwischen Oesterreich und Ungarn.

Generalsekretär Dutasta überreichte die einzelnen Stücke mit kurzen Erläuterungen und legte sodann eine Verhandlungsschrift vor, in der der Empfang der Schriftstücke vom Staatskanzler bestätigt wurde. Hierauf teilte der Generalsekretär mit, daß die Mächte zur Beantwortung eine Frist von fünf Tagen in Aussicht nähmen, und ersuchte den Kanzler, sich zu dieser Fristsstellung zu äußern.

Der Kanzler erklärte, daß die Schwierigkeit der Verbindung und die große Entfernung, und vor allem die parlamentarischen Verhandlungen die Einhaltung dieser Frist unmöglich erscheinen lassen. Der Kanzler werde sich genötigt sehen, von Wien aus, je nach dem Verlauf der Dinge, wegen einer Fristverlängerung vorstellig zu werden. Zugleich mit dem offiziellen Exemplar übernahm die österreichische Delegation 15 weitere Stücke des Friedensvertrages. Nach der Ueberreichung kehrte die österreichische Abordnung im Automobil in ihre Quartiere zurück.

Saint Germain, 3. Sept.

Aus dem Inhalt des Friedensvertrages ist im wesentlichen gegenüber der Fassung vom 20. Juli aus den politischen und militärischen Bestimmungen hervorzuheben: Deutsch-Oesterreich wird nur unter dem Namen „Republik Oesterreich" anerkannt und wird im Falle der Ratifizierung des Friedensvertrages „Oesterreich" heißen.

Der Teil, der den Völkerbund betrifft, ist unverändert. Bezüglich der Grenzbestimmungen wurde eine Aenderung nur insofern zugestanden, als die Stadt Radkersburg und die am linken Murufer gelegenen Gemeinden Steiermarks bei Deutsch-Oesterreich bleiben. Westungarn bleibt ohne Volksabstimmung in der schon bekannten Abgrenzung Deutsch-Oesterreich zugesprochen.

Das Kapitel über den Minoritätenschutz enthält einerseits die selbstverständliche Bestimmung, daß Oesterreich jede in einer deutsch-österreichischen Gemeinde heimatberechtigte Person als deutsch-österreichischen Staatsbürger anerkennt, andererseits die ganz unverständliche Vorschrift, daß jede auf deutsch-österreichischem Gebiet geborene Person Deutsch-Oesterreicher sein soll, sofern ihr nicht vermöge ihrer Geburt eine andere Staatsbürgerschaft zukommt. Zugunsten Italiens, Tschechoslowakiens und Jugoslawiens werden verschiedene Ausnahmen zugestanden.

Nach den militärischen Bestimmungen wird an der Verpflichtung zur Haltung eines Söldnerheeres festgehalten. Bezüglich der Waffenfabrikation wird die Herstellung von Jagdwaffen freigegeben. Die Verpflichtung zur Ablieferung von Seeschiffahrtsartikeln wird auf jene Artikel beschränkt, die sich auf deutsch-österreichischem Gebiete befinden. Eine allgemeine, neu aufgenommene Bestimmung (Artikel 188) erklärt die Unabhängigkeit Oesterreichs für unveräußerlich. An den Angelegenheiten einer anderen Macht darf Oesterreich bis zu seiner Zulassung als Mitglied des Völkerbundes nicht teilnehmen.

Ueber die wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen enthält das Begleitschreiben die Erklärung, daß die Reparationskommission ermächtigt wird, der Sektion, die für die aus der Anwendung des Vertrages entstehenden Spezialfragen eingesetzt wird, Vollmachten zu erteilen, die sie für angemessen findet. Der Sitz der Sektion wird Wien sein. Die Bestimmung, daß Wien Vieh abzuliefern habe, wird mit der Begründung aufrechterhalten, daß aus entfernteren Gebieten Deutsch-Oesterreichs Vieh ohne starke Wirkung auf die unzureichende Wiener Versorgung abgeliefert werden könne. Die italienische Regierung erklärt sich bereit, die von der italienischen Militärmission nach dem Waffenstillstand beschlagnahmten Sammlungsobjekte zurückzustellen, insoweit sie nicht nach den Bestimmungen des Friedensvertrages an Italien fallen würden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909032-10/fragment/page=0001

Wirtschaftspolitik und die Leipziger Messe

Leipzig, 2. September.

Der Reichspräsident Ebert besichtigte im Laufe des gestrigen Vormittags, wie bereits berichtet, in Gemeinschaft mit dem Reichswirtschaftsminister Schmidt sowie dem sächsischen Minister des Innern, dem Oberbürgermeister von Leipzig, den Aufsichtsratsmitgliedern, dem Vorstand des Messeamtes die Messeausstellungshalle am Markte, den Handelshof, den Messepalast, Speckshof und die im Gebäude der Dresdner Bank veranstalteten Musterausstellungen der Porzellanfabrik Ph. Rosenthal u. Co., Selb in Bayern, der Wiener Werkstätte der Theresienthaler Kristallglasfabrik und der Firma Johann Oertel u. Co. in Haida.

Zum Mittagessen vereinigten sich die erwähnten Herren auf Einladung des Messeamtes in der Harmonie. Hier begrüßte der Oberbürgermeister Dr. Rothe den Reichspräsidenten und die Vertreter der Behörden und betonte, daß die an der Spitze der Reichsregierung stehenden Männer von dem ernsten Willen beseelt seien, die politische Zerklüftung im Innern zu beseitigen und Deutschland wieder zu einem achtunggebietenden Staat zu machen. Wir wollen die Regierung dabei unterstützen, so fuhr der Redner fort. Wer die Messe besucht hat, so schloß der Oberbürgermeister seine Ausführungen, wird keine Stätte für den Pessimismus gefunden haben. Daraus kann der Schluß gezogen werden, daß die deutsche Kaufmannschaft an der Zukunft unseres Landes nicht verzweifelt.

Darauf ergriff der Reichswirtschaftsminister das Wort zu einer bemerkenswerten wirtschaftspolitischen Rede. Der Minister führte etwa folgendes aus: Ich will mit ein paar Worten von den Eindrücken sprechen, die ich auf der Leipziger Messe gewonnen habe. Zunächst sage ich freundlichen Dank für die Worte des Herrn Oberbürgermeisters. Gern bin ich der Einladung gefolgt, um Wahrnehmungen darüber anzustellen, wie sich der Handel von neuem regt. Der Minister wies sodann auf die Jahrhunderte alte Handelsgeschichte der Stadt Leipzig hin und fuhr fort: Es schien, als ob die Messe sterben müsse, nachdem der alte Warenhandel andere Wege gegangen war. Die Messe hat aber verstanden, sich den modernen Verhältnissen anzupassen. Sie ist zu neuem Leben gebracht worden. Wo könnte sie eine bessere Stätte haben, als in dem industriereichen Sachsen mit seinen tausenden von Arbeitern, seiner modernen Technik, der hochentwickelten Organisation seines Handels und Verkehrs, als in Leipzig, wo alles sich zur Arbeit vereinigt. Diese Stätte ist berufen, auch der Träger der neuen Handels- und Verkehrsform zu sein. Der Handel hat in den vier Kriegsjahren schwere Zeiten durchgemacht. Er ist um Jahre zurückgeworfen worden. Ich brauche nur an den Verlust der deutschen Handelsflotte zu denken und wenn man die Stätte betrachtet, wo einst die stolzen Kauffahrteischiffe ihre Wege über das Meer antraten, so beschleicht uns Wehmut und Bitterkeit und wir können Mut und Vertrauen nur wiederfinden, wenn wir uns zu dem festen Vorsatz bekennen, das Verlorene in freudiger Arbeit wieder zu gewinnen.

Wir kranken an zwei großen Uebeln, an dem Mangel an Rohstoffen und dem Mangel an Brennstoffen. Bei meinem Besuch der Messehäuser hörte ich an den verschiedensten Stellen bei großen und kleinen Fabrikanten Klagen über das Fehlen der Kohle. Wir haben die Arbeitskräfte und wir haben die Aufträge in Hülle und Fülle. Wir können Millionen, ja Milliarden von Aufträgen hereinbekommen. Frage ich aber den einzelnen Aussteller, warum er denn nicht die Aufträge annehme, so wiederholt sich die Antwort: Mir fehlen nur Roh- und Brennstoffe. Allerdings wird von verschiedenen Seiten und mit allen Mitteln versucht, Deutschland zurückzudrängen, nicht auf dem üblichen Wege des Wettbewerbs, sondern durch politischen Druck. Der deutsche Handel wird sich aber selbst Wege im Welthandel bahnen; denn keine Macht kann verhindern, daß der Warenhunger dort gestillt wird, wo der Bedarf vorteilhaft gedeckt werden kann. Man macht uns den Vorwurf, daß wir bereits wieder mit dem Dumpingsystem arbeiten. Diesen Vorwurf verdienen wir nicht, ich muß ihn auf das schärfste zurückweisen. Das mag in vereinzelten Fällen in früheren Jahrzehnten vorgekommen sein. Die deutsche Konkurrenz ist keine unsolide, sie stützt sich auf die Leistungen der Industrie, die uns die Wege frei machen. Ich habe die Hoffnung, daß wir allen Hindernissen zum Trotz, wenn Arbeit und Schaffenskraft wieder voll einsetzen, wenn Rohstoffe und Kohlen uns in genügender Menge zur Verfügung stehen, schnell zu einer neuen geachteten Stellung emporsteigen müssen. Ich schätze den deutschen Unternehmungsgeist. Auch die Schaffensfreudigkeit und die Arbeitskraft bei unseren Arbeitern werden wieder zutage treten. Wir brauchen den Weltmarkt. Dann wird auch der Druck vom Inland weichen und das Ausland uns Kredit gewähren. So muß es von unserem ernsten Willen, wieder hoch zu kommen, überzeugt sein. Wer die Messe besuchte, muß von der Schaffensfreudigkeit unserer Industrie überzeugt sein und zu der Ueberzeugung gelangen: Dieses Volk ist wirtschaftlich nicht tot zu schlagen. Dadurch, daß die Messe diesen Eindruck hervorruft, bringt sie dem deutschen Wirtschaftsleben einen ungeheuren Nutzen. Sie zeigt den Fremden, daß unsere Zukunft nicht auf schlechtem Boden steht. Wenn sich alle Kräfte regen, so bin ich der Hoffnung, wir sind nicht am Ende, sondern das deutsche Volk wird auch diese trüben Tage überwinden und es wird eine Zeit des frohen Beginnens kommen. Ich baue auf die nie versagende Schaffenskraft unserer Industrie, unserer Technik, Kunst und Wissenschaft. Durch die Mitarbeit der Angestellten und Arbeiter werden wir wieder vorwärts kommen. Dank gebührt dem Meßamt für die aufopferungsvolle Tätigkeit, die es für die deutsche Industrie und den deutschen Handel geleistet hat.

Die Arbeit der U. S. P. in Bayern

München, 3. Sept.

Der Bund Deutscher Kriegsteilnehmer mit dem Sitz in Nürnberg proklamiert in einem Flugblatt den Steuerstreik. Der Berliner Kommunist und ehemalige Polizeipräsident Eichhorn hat seine Tätigkeit in Hof eröffnet. In München wirkt der „Freie sozialistische Jugendbund" trotz seiner Versicherung, aller Parteipolitik fernzustehen, als unabhängiges Kampforgan gegen die Mehrheitssozialdemokraten und ihre Jugendorganisationen. Er beginnt jetzt, sich an die Mittelschuljugend heranzumachen. Halbwüchsige Burschen erhalten 8 Mark Tagegeld und 4 bis 5 Mark Verpflegungszulagen gezahlt, dabei noch Prämien bis zu 100 Mark für Spionage. Das Organ dieses Bundes ist die kommunistische Zeitschrift „Die junge Garde". Offenbar aus politischen Gründen erfolgte zwischen Sonnabend und Montag ein Einbruch in das hiesige Parteibüro der U. S. P., bei dem die Kartothek mit dem Mitgliederverzeichnis und sonstiges Material gestohlen, das Geld aber unberührt gelassen wurde. Die unabhängige Presse spricht wieder einmal von einem bevorstehenden monarchischen Putsch.

Politische Eisenbahner-Sabotage

th. Obwohl seit der November-Revolution kein Staatsbetrieb mehr Ueberschüsse abwirft, obwohl die preußischen Staatsbahnen täglich Millionen Zuschüsse erfordern, erheben die Eisenbahner jede Woche fast neue Milliardenforderungen. Jetzt werden Wirtschaftsbeihilfen gefordert, weil man sie den Beamten zugebilligt hat, ohne Rücksicht darauf werden aber auch neue Lohnforderungen von 30 Prozent erhoben. Größer wird das Defizit, immer kleiner die Leistungsfähigkeit des Eisenbahnbetriebs. Die Forderungen sollen mit Gewalt durchgesetzt werden. Ueber die Deckungsfrage macht man sich kein Kopfzerbrechen, der Steuerzahler, also die große Masse der Arbeiter auch, zahlen die neuen Milliarden. Eine maßgebende Persönlichkeit des Verkehrswesens hat kürzlich geäußert, daß alle Steuerpläne, alle Tariferhöhungen nutzlos sind, wenn die Staatsarbeiterschaft jeden Monat neue Forderungen stellt. Ein Abbau der Preise ist unter diesen Umständen auf lange Zeit unmöglich, weil der Handel die erhöhten Unkosten dem Verbraucher aufbürdet. Die letzten Zahlen aus der Verkehrsstatistik der preußischen Staatsbahnen zeigen, daß die Staatsbahn unweigerlich dem Verfall entgegengeht, denn auf die Dauer lassen sich solche Defizite nicht decken, auch mit Tariferhöhungen über 100 Prozent nicht. Werden die Staatsarbeiter nicht einsichtig, so steht das Institut der Staatsbahn vor dem Bankerott und dies wäre der Anfang der wirtschaftlichen Erdrosselung Deutschlands durch eigene Volksgenossen.

Welch' eine Wendung durch Gottes Fügung

Münster i. W., 3. Sept.

Auf das Huldigungstelegramm der katholischen Edelleute Deutschlands ist vom Kaiser folgendes Antworttelegramm eingegangen:

Seine Majestät hat in tiefer Wehmut von dem erneuten Treugelöbnis Kenntnis zu nehmen geruht. S. M. wird alles tun, um im Sinne des Telegramms auszuharren, sei es nicht in dieser, dann in einer besseren Welt. S. M. betont, er habe den Krieg nicht gewollt, sondern die anderen seien es gewesen. Welch' eine Wendung durch Gottes Fügung.

Uebersiedlung des Kaisers nach Doorn

Haag, 3. September.

Aus Doorn verlautet, daß die Sachen des Kaisers in einem Zuge von 50 Wagen in der nächsten Woche nach dem Hause, das sich der Kaiser dort gekauft hat, gebracht werden sollen.

Auslieferung an Polen

Wie gemeldet wird, hat das polnische Kriegsministerium an die nachgeordneten Stellen den Befehl erteilt, daß nach Artikel 238 des Friedensvertrages alle deutschen Militär- oder Zivilbeamten, Offiziere, Soldaten und Mitglieder der Okkupationsregierung für Verbrechen, die sie an polnischen Bürgern oder auf polnischem Gebiet begangen haben, zur Verantwortung gezogen werden können. Das Verzeichnis der Personen, welche derartige Verbrechen dem polnischen Volk gegenüber begangen haben, wird demnächst zusammengestellt und soll im Laufe eines Monats nach der Ratifizierung des Friedens fertiggestellt sein. Das polnische Kriegsministerium ersucht, ihm bis dahin alle derartigen Unterlagen zuzusenden. —

Die Ratifizierung

Versailles, 3. September.

Marcel Hutin schreibt im „Echo de Paris", daß die Verhandlung über die Ratifizierung des Friedensvertrages für Deutschland diese Woche geschlossen werde, und daß man glaube, daß die Ratifizierung des Friedensvertrages mit Deutschland zwischen dem 15. und 18. September im „Journal Officiel" bekanntgegeben werden könne.

Deutsche Schiffe für den Völkerbund

Haag, 3. Sept.

Aus Batavia wird gemeldet: Zwei deutsche Schiffe, die im Hafen von Amboine lagen, wurden den Vertretern des Völkerbundes übergeben. An Bord der Schiffe wurde die Völkerbundsflagge gehißt.

Die Suche nach dem Adriakompromiß

Lugano, 3. Sept.

In Besprechungen, die soeben Tittoni mit Lloyd George in Klairfontaine gehabt hat, wurde nach dem „Corriere della Sera" grundsätzliche Einigung zwischen den drei Londoner Vertragsmächten über ein Adriakompromiß erzielt. Das Blatt vermutet, die drei Regierungen würden nun eine Kollektivnote an Wilson senden, um seine Zustimmung nachzusuchen. Aus amerikanischen Kundgebungen der letzten Zeit gehe nicht sicher hervor, wie die Antwort ausfalle. Verneinendenfalls werde wahrscheinlich Tittoni in der Kammer deutlichere Erklärungen abgeben, weshalb eine Einigung nicht erzielt werden könne.

„Corriere della Sera" meldet aus Fiume, daß die dortigen italienischen Truppen ferner in der Stärke einer Infanteriebrigade und einer Reiterschwadron bleiben werden. Frankreich und England stellen nur ein Bataillon. Zum Befehlshaber der verbündeten Truppen wurde der italienische General Pittagula ernannt. Der französische General Say wird Fiume verlassen, ebenso der bisherige italienische General Fiul.

Abbau der Waffenstillstandskommission

W. T. B. gibt bekannt: Dieser Tage haben zwischen den beteiligten Reichsbehörden und der Waffenstillstandskommission Verhandlungen stattgefunden, die sich auf die Ueberleitung großer Arbeitsgebiete der Waffenstillstandskommission auf die demnächst damit zu betrauenden Reichsstellen bezogen. Nach Maßgabe dieser Besprechungen geht sofort das den Wiederaufbau betreffende Arbeitsgebiet unter vorläufiger Beibehaltung der bisherigen Arbeitsräume auf das Reichswirtschaftsministerium über. Aus der Unterkommission für die Rückgabe der aus Belgien und Frankreich weggeführten Maschinen ist ein dem Auswärtigen Amt unterstehendes Kommissariat gebildet und dem Kommerzienrat Dr. Guggenheimer übertragen worden. In gleicher Weise wurde dem bayerischen Legationsrat Baron v. Stein die Bearbeitung der Rückgabe der Finanzdokumente und Kunstgegenstände übertragen.

Die Gefahr aus dem Osten. Eine Masseneinwanderung galizischer und polnischer Juden macht zurzeit der Polizeibehörde und der Staatsanwaltschaft eine nicht mehr zu bewältigende Arbeit. Aus Furcht vor einer zwangsweisen Einstellung in das polnische Heer kommen täglich viele tausend galizische und polnische Handelsleute unter Nichtachtung des Einwanderungsverbots und ohne Pässe über die Grenze und strömen hier in Berlin zusammen. Die Folge ist eine Ueberfüllung der Quartiere in der Gegend der Hirtenstraße, in welcher der Polizei täglich Hunderte von unerlaubt Eingewanderten in die Hände fallen. Diese Festgenommenen werden dem zuständigen Richter vorgeführt, der sie sofort wieder entläßt, da jene Verordnung lediglich Geld- oder Haftstrafe androht, dagegen ein zwangsweises Abschieben über die Grenze, welches lediglich Sache der Polizei ist, nicht vorsieht. Die von der Staatsanwaltschaft I zu Hunderten erlassenen Strafbefehle, welche sich gegen Personen mit Namen wie „Pesse Wasserkenner", „Nuchim Birnzweig", „Josua Kanalbruch" usw. richten, können natürlich nicht beigetrieben werden, da die Juden längst in der Großstadt untergetaucht sind. — Da die große Gefahr besteht, daß die Masseneinwanderung von Arbeitskräften bei der herrschenden Arbeitslosigkeit die Lage der Arbeiterschaft noch mehr verschlechtert, ferner die an sich schon schlechten Ernährungsverhältnisse der Großstadt noch mehr verschlechtert werden, und schließlich der Stadt selbst enorme Ausgaben entstehen, wird von zuständiger Stelle der Wunsch ausgesprochen, schon auf den Durchgangsstationen vom Osten her eine strenge und unnachsichtliche Kontrolle einzurichten. Damit dürfte man freilich ins Leere stoßen. Denn ein Anfassen der „Gäste" würde als rohester Antisemitismus angesehen werden.

Regierung und Kriegsgefangene

War's nun Parteipolitik?

Der „Vorwärts" veröffentlicht eine „Aeußerung der englischen Regierung, die in den Kriegsgefangenenlagern Englands bekannt gegeben" wurde. Sie lautet:

„Es ist festgestellt worden, daß in einigen Gefangenenlagern Gerüchte zirkulieren dahin lautend, daß einige P. o. W. (Kriegsgefangenen) Comp. bereits heimgesandt seien und Bitterkeit ist durch das Gefühl hervorgerufen worden, daß solche Comp. ungehörig bevorzugt worden seien. Alle diese Gerüchte sind unwahr. Bislang ist keine P. o. W. Comp. heimgesandt worden. Bekanntgabe der Vorbereitungen der deutschen Regierung für die Heimsendung der Gefangenen, werden noch erwartet, und dies ist der einzigste Grund für die noch bestehende Gefangenschaft. In der Natur der Sache liegt, daß solche Vorbereitungen kompliziert sind und Zeit in Anspruch nehmen. Den Gefangenen soll versichert werden, daß ihre Heimsendung bevorsteht, daß aber noch nicht bekannt ist, wann sie beginnt."

Diese Aeußerung der englischen Regierung enthält nichts anderes, als was die rechtsgerichtete Presse auf Grund von Gefangenenbriefen zum Ausdruck brachte. Damals schrie die Regierung und die ihr ergebene Presse über „parteipolitische Verhetzung", „Verdrehung der Tatsachen" und anderes. Heute ist der „Vorwärts" so freundlich, diese Sache selber zu veröffentlichen und die Schuld der Regierung in der Gefangenenfrage festzunageln. Als die Regierung in der Nationalversammlung von deutschnationaler Seite wegen dieser Aeußerung der englischen Regierung befragt wurde, machte sie Ausflüchte und suchte abzuleugnen. Es ist sehr hübsch, daß der „Vorwärts" das, was wir gesagt haben und was uns von der Regierung als Verbrechen angerechnet wurde, nun selbst bestätigt.

Befohlene Lügen

Mannheim, 3. September.

Die Pfalz-Zentrale meldet: Die Regierung der Pfalz gibt unterm 31. August 1919 eine amtliche Mitteilung über die traurigen Vorgänge in Ludwigshafen heraus, die von allen pfälzischen Blättern veröffentlicht werden muß und deren Veröffentlichung die französische Behörde „genehmigt" hat. Dieser Kommentar gibt eine so harmlose Erklärung des Ueberfalls auf das Postamtgebäude in Ludwigshafen, daß man auf den ersten Blick sieht, daß es sich um eine Darstellung handelt, die von der französischen Besatzungsbehörde vorgeschrieben wurde. Nach dieser Darstellung wäre die Ludwigshafener Bluttat lediglich darauf zurückzuführen, daß ein französischer Polizist auf der Treppe hinfiel, in seiner Aufregung dann zum Revolver griff und drei deutsche Beamte, die in seiner Nähe waren, niederschoß. Bezeichnend für die Auffassung des Regierungspräsidiums ist jedoch der Schlußsatz: „Für den Fall, daß die Untersuchung der amtlichen deutschen Stellen gegenteilige Tatsachen zutage fördern wird, behalte ich mir ausdrücklich die mir geeignet erscheinende Richtigstellung vor." Es ist zu hoffen, bemerkt die Pfalz-Zentrale, daß diese Richtigstellung recht bald erfolgen wird, denn die deutsche Bevölkerung hat ein Recht darauf, zu erfahren, wie diese deutschen Beamten von dem französischen Soldaten niedergeschossen wurden. Oder ist das Leben eines französischen Soldaten mehr wert, als das eines deutschen Postbeamten?

Der Geiselmord vor Gericht

Die Vernehmung des Angeklagten Seidel.

München, 2. September.

Die Vernehmung des Hauptangeklagten Fritz Seidel bringt eine Fülle neuer überraschender Enthüllungen über die Vorgänge im Luitpold-Gymnasium. Wie der Vorsitzende feststellt, ist Seidel, der aus Chemnitz stammt, dort als Sohn eines Brauereiarbeiters aufgewachsen. Danach ging er nach Dresden und siedelte 1913 nach Triest über, wo er bis November 1914 bei einer Reederei tätig war. Als infolge der Minensperre der Hafen von Triest verödete, ging Seidel nach München und wurde Schreiber in den dortigen Artilleriewerkstätten. Hier fälschte er jedoch seine Lohnzettel. Später kam Seidel in der Pulverfabrik Dachau unter. 1916 heiratete er eine Steiermärkerin, die bald darauf in dem Münchener kommunistischen Bureau Unterkunft fand. Der Angeklagte selbst genoß in Dachau eine Vertrauensstellung und erhielt sogar eine Dienstwohnung. Seidel war unbeliebt bei seinen Kollegen, da er als Denunziant galt, der bei jeder Gelegenheit die anderen bei den Vorgesetzten anschwärzte. An der Revolution im November will er nicht teilgenommen haben. Bei einer allgemeinen Arbeiterversammlung der Dachauer Werke habe Seidel durch Zwischenrufe den Eindruck erweckt, als ob er Mitglied der Katholischen Volkspartei sei. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Im Februar 1919 überraschte es seine Kollegen daher um so mehr, als Seidel plötzlich eine hetzerische Agitation für den Spartakus-Bund entfaltete. In einer allgemeinen Arbeiterversammlung Mitte Februar 1919 wurde dann der Antrag gestellt, Seidel aus den Betrieben zu entfernen, da man für die Sicherheit des Betriebes, in dem 300 000 Kilo Pulver lagerten, bei weiterer Hetze Befürchtungen hegte. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er alsdann den Schwerpunkt seiner kommunistischen Tätigkeit in die Eisenbahnzüge München—Dachau verlegt habe, erklärt der Angeklagte, er habe sich nur in allgemeinen Redensarten ergangen. Wie recht die Arbeiterschaft mit ihrem Beschluß hatte, erwies sich später. Am 11. April erschien Seidel mit vier Rotgardisten in der Pulverfabrik und verlangte Munition, indem er hinzufügte, daß ihm aus den Büchern der Fabrik bekannt sei, daß 14½ Millionen Schuß Infanteriemunition dort lagerten. Der Fabrikleiter erklärte ihm darauf, wie der Vorsitzende feststellte: „Für einen Brudermord geben wir unser Material nicht her." Seidel zog es dann vor, ohne die Munition wieder abzufahren. Zur Zeit der Märzwirren in München hat sich dann der Angeklagte, wie der Vorsitzende weiter feststellte, Urlaub geben lassen, angeblich wegen einer Nervenerkrankung. Vorsitzender: „Also haben Sie Ihren Urlaub im Interesse des Spartakus-Bundes verbracht. Sie haben auch, wie Ihre Frau erzählt, ein sehr hübsches Gehalt bezogen." — Angeklagter: „Die versteht ja nichts davon." — Vorsitzender: „Nein, wir haben auch nur die Quittungen hier. (Heiterkeit.) Sie haben dann zahlreiche Spritzfahrten in einem Ihnen ständig zur Verfügung stehenden Auto unternommen. Sie haben auch Haussuchungen und Festnahmen getätigt. Sie sind z. B. in die Wohnung des Vorsitzenden des Betriebsrates der Fabrik Dachau gekommen und haben offenbar aus Rache für die Verweigerung der Munition das Haus durchsucht und haben den Herrn festnehmen wollen. Sie haben ihn „Schuft" und „Verräter" tituliert und haben ihn an die Wand stellen wollen. Er war aber nicht zu Haus. Bei der Verhaftung des Fürsten v. Thurn und Taxis waren Sie persönlich im Park-Hotel." Angeklagter: „Ja, ich handelte aber stets im Auftrage meiner Vorgesetzten."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909032-10/fragment/page=0002

Volkswirtschaft

der mit einem ✱ versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des rtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Der drohende Zusammenbruch der Milchwirtschaft

In der letzten Generalversammlung des „Landbundes der inz Sachsen und Anhalts" wurde die Frage, ober überhaupt in Kürze mit einer Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung Milch gerechnet werden darf, verneint. Der Abbau der ngswirtschaft wird wohl zuletzt im Molkereigewerbe erfolgen. Zwangsbewirtschaftung der Milch muß aber so erfolgen, daß nicht zu unnötigen Härten und Ungerechtigkeiten führt, wie B. die ungleichmäßige Festsetzung der Preise in einzelnen sen.

Die mittelbare Folge der Zwangswirtschaft ist, daß der wirt die Milchwirtschaft mehr denn je als ein notwendiges l empfindet, jegliches Interesse daran verliert und auch die iligung an Molkereien satt hat. So ist das sonst so rege resse an den genossenschaftlichen Betrieben im Kreise der lchwirtschaften längst verschwunden. Man beginnt, die ereien für überflüssige Einrichtungen zu halten und erwägt manchen Orten sogar den Verkauf von Genossenschafts-ereien. Der Zweck, durch letzteres Vorgehen von der Mol-loszukommen, wird durchaus nicht erreicht. Im Gegenteil, Privatmolkereien werden nichts unversucht lassen, daß der ngsanschluß an Molkereien auch fernerhin bestehen bleibt. Landbund der Provinz Sachsen und Anhalts hat daher fol-e bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt:

„Der Landbund der Provinz Sachsen und Anhalts ver-ilt scharf die ungleichmäßige Festsetzubng der Preise für Milch Molkereierzeugnisse in einzelnen Kreisen der Provinz und mt mit Entrüstung von dem Vorgehen der Kreisverwaltung belegen Kenntnis, welche den Erzeugern die vom Ober-dium für die ganze Provinz festgesetzten Höchstpreise vor-ält und einen Teil der Molkereieinnahmen unberechtigter-e für sich in Anspruch nimmt und anderen Zwecken zuführt. Landbund stellt fest, daß infolge des bisher von der Regie-beliebten größtenteils im Interesse der Privatmolkereien nden Zwangsverfahrens die Milcherzeugung ständig zurück-die Erbitterung unter den Landleuten dauernd wächst und der völlige Zusammenbruch der Milchwirtschaft in Kürze zu rchten ist. Der Landbund verlangt gleichmäßige und aus-ende Festsetzung der Höchstpreise innerhalb der Provinz, Be-ung des Milchviehs beim Erzeuger, Rückgabe von mehr ermilch an die Produzenten, als dies bisher der Fall war, Hinzuziehung von sachverständigen, von den berufenen nisationen benannten Landwirten und Molkereifachleuten der öffentlichen Bewirtschaftung und bei der Kontrolle der rblichen Betriebe.

Die neuerdings wiederholt beobachteten Verkäufe von Mol-ien veranlassen den Landbund, alle beteiligten Kreise ernst-vor übereilten Beschlüssen und deren Folgen zu warnen, ins-ndere kann der Verkauf von Genossenschaftsmolkereien unter en Umständen gutgeheißen werden."

Freie Wirtschaft und Umlage

Aus landwirtschaftlichen Kreisen wird der „Deutschen Parla-nts-Korrespondenz" geschrieben:

Die Maßnahmen des Reichsernährungsministeriums hin-lich der Umlagen auf die Kommunalverbände bezüglich eini-freigegebener Futtermittel, wie Hafer usw., führen zu einer hrlichen Verwirrung in der Landwitschaft. Die Umlagen für er z. B. sind so hoch bemessen, und entsprechen so wenig dem ächlichen Ertrage, daß ihre Erfüllung vielfach als unmöglich tet wird. Die Haferernte ist in diesem Jahre in vielen augebieten eine wenig ergiebige, aber diese Tatsache hat e Berücksichtigung gefunden. Die Maßnahmen werden als Fortsetzung der Zwangswirtschaft in der Form der Umlage chtet und sind kaum geeignet, produktivfördernd zu wirken. rend mit der Arbeiterschaft über jede Forderung verhandelt , beschränkt man sich bei der Landwirtschaft auf einfache An-ungen, unbekümmert um alle nachteiligen Wirkungen. Ein es Verfahren bildet eine Gefahr, deren Bedeutung nicht t genug gewürdigt werden kann.

Gesellschafts-Abschlüsse

— Sächsische Waggonfabrik Werdau A.-G. Im Geschäfts-e 1918/19 ist das Umsatzerträgnis von 3,44 Millionen Mark 4,51 Mill. Mark gestiegen. Nach Abzug der ebenfalls er-en Unkosten sowie Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn 1,21 Mill. Mark gegen 1,47 Mill. Mark i. V. Daraus wer-auf das um 1,5 Mill. Mark auf 4,5 Mill. Mark er-e Aktienkapital wieder 25 Prozent Dividende verteilt. Der chäftsbericht hebt hervor, daß die Zahlung der gleichen Divi-de nur durch die sehr starke Beschäftigung der Werke bis zur olution und durch geschickte Ausnutzung der Marktlage er-glicht werden konnte. Das bei der Begebung der neuen ien erzielte Aufgeld ist mit 405 000 Mark der Sonderrück-e 2 zugeführt worden.

Mechanische Weberei in Zittau i. Sa. Die Gewinn- und Ver-rechnung für das Geschäftsjahr 1918/19 weist einen Brutto-inn von 2 221 884 Mk. (i. V. 2 061 879 Mk.) aus. Handlungs-kosten erforderten 553 513 Mk. (i. V. 350 344 Mk.), Kriegs-innsteuer 869 196 Mk. (i. V. 500 000 Mk.) und Abschreibungen 720 Mk. (i. V. 132 254 Mk.). Der Reingewinn beträgt 528 Mk. (i. V. 1 044 606 Mk.), und die Dividende wird mit Prozent (i. V. 20 Prozent) vorgeschlagen. Ob bei den jetzigen n Löhnen und Gehältern und viel geringerer Arbeitsleistung, wird in dem Rechschaftsbericht des Vorstandes ausgeführt, e Wettbewerbsmöglichkeit gegen die ausländische Konkurrenz ben ist, müsse die Zukunft lehren.

Die Metallindustrie Schönebeck Akt.-Ges. erbrachte im Ge-ftsjahr 1918/19 einen Rohgewinn von 764 594 Mark 0 639). Die allgemeinen Unkosten erhöhten sich von 752 Mk. auf 649 669 Mk. Abschreibungen erforderten 57 020 Mk. gegen 150 000 Mk. im Vorjahr. Die mit Prozent einzuzahlende Erhöhung des Grundkapitals um 000 Mk. wurde durchgeführt. Das Aktienaufgeld ist unter ditoren gebucht, da die mit der Aktienausgabe entstandenen osten noch nicht endgültig feststehen.

Industrie, Handel, Handwerk

A. Riebecksche Montanwerke Halle a. S. Dem Vernehmen nach die Gesellschaft im Begriffe, zur Ausnützung der Konjunktur Erdwachs usw. eine große Bitumen-Anlage zu bauen, die Objekt von 2½ Mill. Mark darstellen dürfte.

Leipziger Herbstledermesse. Der Vorstand der Leipziger erbörse hebt in seinem Bericht hervor, daß nach dem Fallen-en der Lederzwangswirtschaft seit dem 15. August in Deutsch-eine große Preissteigerung eingesetzt habe, was bei den en Weltmarktpreisen nicht zu verwundern sei. Glücklicher-ise haben sich viele Lederfabriken und Ledergrossisten dieser kulation gegenüber streng ablehnend verhalten. Auch auf der sse selbst hielten die Verkäufer sich zum großen Teil an die verschiedenen Interessentengruppen aufgestellten freiwilligen htpreise. Die Nachfrage war nach allen Sorten Leder außer-entlich groß, und das Angebot genügte den Anforderungen neswegs. Die Lederknappheit werde solange anhalten, bis eren Gerbereien wieder die Mengen Rohhäute und Felle zu-führt werden können, wie vor dem Krieg, also ungefähr Millionen Häute. Der Lederkleinhandel habe sich seit Beginn freien Wirtschaft lebhaft entwickelt. Die Schuhmacherkundschaft habe ihren Bedarf an Bodenleder stets voll decken können, allerdings nahmen die Schuhmacher bei den ungeheuren Preisen nur Käufe für den unmittelbaren Bedarf vor. Feinere Oberleder sind trotz der sehr hohen Preise fast gar nicht zu beschaffen. Auch in Sattlerleder kann der Nachfrage nicht genügt werden. Die nächste Leipziger Ledermeßbörse findet am 5. Januar 1920 statt.

Das Reichsverwertungsamt auf der Leipziger Messe. Die sächsische Landesstelle des Reichsverwertungsamtes ist bereits auf der Leipziger Frühjahrsmesse vertreten gewesen. Nunmehr wird die Zentrale, das Reichsverwertungsamt in Berlin, gleichfalls die Messe beschicken, um auch auf diese Weise mit den weitesten Kreisen der Verbraucher und der Handelswelt Fühlung zu nehmen. Das Amt machte von dieser Gelegenheit um so lieber Gebrauch, als sich auch heute noch große Käuferschichten kein rechtes Bild von den vielen Warengattungen und den Mengen machen können, die das Reichsverwertungsamt abzugeben hat, und als sich andererseits der Verkauf eines großen Teiles der zu verwertenden Gegenstände nicht nach Katalogen oder Beschreibungen durchführen läßt.

✱ Chemnitzer Aktienspinnerei. Wie wir von zuverlässiger Seite hören, steht bei dem Unternehmen für die allernächste Zeit eine Kapitalserhöhung bevor. Ueber die Höhe derselben und den Ausgabekurs konnten wir Einzelheiten noch nicht erfahren.

Ein deutsch-englisches Kaliabkommen. Zwischen der englischen Regierung und der deutschen Regierung ist ein Kaliabkommen abgeschlossen worden. Die deutsche Regierung hat die Verpflichtung übernommen, 22 000 Tonnen Kali an die Engländer bis Ende dieses Jahres zu liefern. Die Abrechnung erfolgt monatlich.

Freigabe der englischen Wollausfuhr. Aus London wird unter dem 1. September gemeldet: Eine offizielle Note gibt bekannt, daß die Ausfuhr von Wolle von England nach Deutschland gestattet werden soll. Andererseits hat die Wollabteilung des Munitionsministeriums beschlossen, allen fremden Ländern die Erlaubnis zu erteilen, sich beim Ankauf der kolonialen Wollvorräte zu beteiligen, welche am 1. September vom Staate zum Verkauf gelangen sollen.

Provinz Sachsen

Ein Sozialdemokrat ruft nach dem preußischen Polizeiknüppel!

Die „Arnstädter Nachrichten" bringen in ihrer Nr. 187 einen interessanten Bericht über eine Gemeinderatssitzung, die sich mit der Vernachlässigung der städtischen Anlagen beschäftigte. Dieser Bericht ist in einer Weise bemerkenswert, als der Stadtverordnete Stang sich gegen die Zertrampelung der Anlagen sehr heftig aussprach und erklärte:

„In dieser Hinsicht muß etwas geschehen und ein Parkwächter angestellt werden. Aber auch jeder einzelne Bürger muß mehr sein Augenmerk darauf richten. Es scheint wirklich so, als könne das Volk sich nicht selber erziehen; der preußische Polizeiknüppel müsse dahinter stehen, sonst werde es nichts."

Dabei ist nur eines zu bemerken — und dieses eine gerade erhöht den Reiz: Herr Stang ist nämlich der Präsident des Landtages von Schwarzburg-Sondershausen, von Beruf Fabrikarbeiter und nach seiner politischen Abstammung Sozialdemokrat. Es ist doch immerhin einigermaßen reizvoll, wenn ein Sozialdemokrat nach dem preußischen Polizeiknüppel ruft.

Preußen, seid auf der Hut!

Vor einigen Tagen ging durch die Presse die Mitteilung, wonach anläßlich eines Besuches des Reichspräsidenten Ebert bei der Landesregierung in Rudolstadt eine Reihe schwebender, insbesondere thüringischer Fragen durchgesprochen worden sind und hierbei das „totkräftige Interesse des Reichspräsidenten für die Schaffung eines Großthüringens lebhafte Befriedigung auslöste"!

Wir wollen hoffen, daß die „lebhafte Befriedigung" nicht etwa auf Kosten Preußens geht und wollen gerne auf die amtliche Nachricht vertrauen, die W. T. B. über die preußische Besprechung in Weimar am 9. Aug. brachte, und die dahin ausklang: Keine Gebietsabtretung gegen den Willen der Bevölkerung. Wachsam aber müssen wir bleiben, denn „wir wollen Preußen bleiben, wir wollen nicht Großthüringer werden."

✱

— Schwerz, 2. Sept. (Ortszulagen für Lehrpersonen.) Der seit Jahren unhaltbare Zustand der völlig unzureichenden Lehrerbesoldung veranlaßte die Lehrpersonen der hiesigen weiteren Umgebung, an ihre Gemeinde mit der Bitte um Gewährung besonderer Wirtschaftsbeihilfen heranzutreten. Zur Aufklärung sei hier erwähnt, daß der Gehalt eines jungen Lehrers nach 6jähriger Ausbildungs- und oft noch 4jähriger Militärzeit dazu nicht die Summe der Arbeitslosenunterstützung erreicht. In dankenswerter Weise ist bereits fast allgemein verständnisvoll den Lehrern entgegengekommen. Den Verheirateten wurden 700 Mk., den Unverheirateten 500 Mk. einmalige Zuwendungen durchschnittlich bewilligt bezw. ausgezahlt. In vorbildlicher, schneller Weise geschah das durch Gemeinden wie Schwerz, Spickendorf, Dammendorf, Glebitzsch, Beyersdorf, Köckern usw. Möge das Verständnis für die traurige, wirtschaftliche Notlage des Lehrerstandes in weiteren Kreisen erwachen und an berufenen Stellen sich auch in die Tat umsetzen!

t. Quedlinburg, 3. September. (Verschiedenes.) Der Vaterländische Frauenverein, dessen Vorsitzende Frau Oberbürgermeister Bansi ist, begeht am 15. September sein 50jähriges Bestehen durch eine Festfeier, für die gestern das Programm festgestellt wurde. Es besteht in Prolog, deklamatorischen und Singspiel-Vorträgen durch namhafte Künstler, Vortrag über die Geschichte des Vereins, sowie vier lebenden Bildern aus den Arbeitsgebieten. Die in die Wege geleitete Jubiläumsspende hat einen stattlichen Betrag ergeben. — Der mehrheitssozialistische Stadtrat Horl erhielt einen Ruf als Bürgermeister einer vor der Stadtwerdung stehenden Gemeinde des Landkreises Quedlinburg. — Bezüglich der Wahl der acht unbesoldeten Magistratsmitglieder ist seitens der Wahlkommission Wiederwahl der vier bürgerlichen und der vier sozialdemokratischen Stadträte beschlossen worden.

— Nordhausen, 2. September. (Städtisches.) In ihrer gestern abend abgehaltenen Sitzung haben unsere Stadtverordneten 1. mit 41 Stimmen die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats neugewählt. Von den Bürgerlichen (Demokraten und Deutschnationalen) wurden die bisherigen 4 Stadträte Hermann Stade, Julius Bach, Robert Werther und Otto Hertzer mit 21 Stimmen wieder-, von den unabhängigen Sozialdemokraten 2 (Karl Hartmann und Otto Flagmeyer) mit 11 Stimmen, und von den Mehrheitssozialdemokraten 2 (Wilhelm Wendt und Robert Hohberg) mit 9 Stimmen neugewählt. Sie nahmen sämtlich die auf sie gefallene Wahl an. 2. Die Aufhebung der Kontrolltätigkeit des Arbeiterrats bei der städtischen Verwaltung mit der Einführung der neugewählten unbesoldeten Magistratsmitglieder beschlossen, weil nach der erfolgten Neuwahl der Stadtverordneten und der unbesoldeten Stadträte jeglicher Grund für eine Ueberwachung weggefallen ist (nur die unabhängigen Sozialdemokraten traten für eine Beibehaltung des Arbeiterates ein). 3. Verteilung von den zur Verfügung stehenden 57 618 Mk. betragenden Ueberschüssen der Stadtsparkasse aus den Vorjahren zu gemeinnützigen Zwecken 24 618 Mk. Ueber die Verwendung des Restbetrages von 33 000 Mk. behielt sich der Magistrat die weiteren Vorschläge vor (mitgeteilt wurde, daß der Restbetrag u. a. Verwendung finden soll für die Volkshochschule, für eine Jugendlesehalle, für den Verein für Jugendwohl und für ein Jugend- und ein Siechenheim).

gg. Camburg, 3. Sept. (Zum Kämmereiverwalter) wurde der Stadtsekretär Günther vom Gemeinderat gewählt. Günther hatte bisher die Stellung vertretungsweise inne.

— Erfurt, 2. Sept. (Wahl zum Provinziallandtag.) Am Montag fand unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Schmidt die Wahl der vier Vertreter der städtischen Kollegien zum Landtag der Provinz Sachsen statt. Es war nur ein gemeinsamer Wahlvorschlag eingegangen, ein eigentlicher Wahlakt fand deshalb nicht statt. Die auf dem Wahlvorschlag genannten Abgeordneten und deren Stellvertreter gelten als gewählt. Es sind dies: 1. Stadtverordneter Gewerkschaftsangestellter Ollrich (Unabh.), 2. Stadtrat Maurerobermeister Walther (Bürgerl. Ver.), 3. Stadtverordneter Prokurist Rollert (Dem.), 4. Stadtverordneter Mittelschullehrer Benda (Soz.). Stellvertreter sind die Stadtverordneten Damenschneider Godemann (Unabh.), Pfarrer Müller (Bürgerl. Ver.), Rentner Baumann (Dem.) und Parteisekretär Apel (Soz.).

„H. Z." Sportberichte

Rennen Berlin-Hoppegarten-Grunewald

Preis von Schönburg. 8000 Mark. 1400 Meter. 1. Lufticus (Esser), 2. Friedensritter (Neumann), 3. Elfchen (Otto Bauer). Tot.: 85 : 10. Pl.: 24, 27, 18 : 10. Ferner liefen: Gral, Irak Arabi, Sonnenburg, Gladiole, Lo, Pinsk, Biedermann, Ladroma.

Einsicht-Rennen. 12 000 Mark. 1200 Meter. 1. Bekassine (Schmidt), 2. Wolfhard (Rastenberger). 3. Susi (Olejnik). Tot.: 46 : 10. Pl.: 15, 14, 15 : 10. Ferner liefen: Sigurt, Lebewohl, Page, Saatkrähe, Oberon, Hermannstadt.

Preis von Tannenberg. 27 000 Mark. 2200 Meter. 1. Lorbeer (Schmidt), 2. Harlekin (Dyhr), 3. Hersenier (Schläfke). Tot.: 40 : 10. Pl.: 19, 13 : 10. Ferner liefen: Salas y Gomez, Prunus.

Nickel-Ausgleich. 12 000 Mark. 1600 Meter. 1. Steinkohle (Hugenin), 2. Liebesmahl (Schläfke), 3. Alea (Schmidt). Tot.: 124 : 10. Pl.: 40, 54, 29 : 10. Ferner liefen: Orkus, Ikarus, Friedenstaube, Siegfried, Schwernöter, Selika, Rohrdommel, Staffel, StryPa 2, Mitrowitza, Fema, Eiders Glorie, Tradition, Helmchen, Eilpost, Attacke, Sunnihilt, Mondnacht, Neulüß.

Festa-Rennen. 27 000 Mark. 1000 Meter. 1. Perlschnur (Janek), 2. Peri (Schmidt), 3. Galeere (Kaiser). Tot.: 32 : 10. Pl.: 16, 18, 21 : 10. Ferner liefen: Harmonie, Fischerin, Geisterstunde, Margrit, Ludowika, Elga, Champagne, Königin der Nacht.

Hertefeld-Rennen. 40 000 Mark. 3000 Meter. 1. Oneida (Olejnik), 2. Rosenritter (Schmidt), 3. Thunichtgut (Rastenberger). Tot.: 68 : 10. Pl.: 18, 13 : 10. Ferner liefen: Feldherr 2, Mörser, Der Sogenannte.

Ermunterungs-Rennen der Hengste. 12 000 Mark. 1200 Meter. 1. Friedensfürst (Rastenberger), 2. Einspruch (Polgar), 3. Wallenstein (Schmidt). Tot.: 25 : 10. Pl.: 13, 14, 18 : 10. Ferner liefen: Götz von Berlichingen, Mazeppa, Bimbam, Lebensgefährte, Siebenschläfer, Saint Ahl, Leopardos, Schakal, Hamster, Heribert, Armin, Lebenskünstler.

Le Justicier-Ausgleich. 16 000 Mark. 2400 Meter. 1. Engadin (Otto Schmidt), 2. Radom (Schläfke), 3. Condor (Urban). Tot.: 59 : 10. Pl.: 20, 34, 90 : 10. Ferner liefen: Hofgunst, Königin von Saba, Segantini, Grodno, Anemone, Peredur, Revelin, Germinal, Ragazzo, Drowning, Wilhelmina.

✱

Der Hallesche Ausschuß für Leibesübungen hält am Donnerstag abend um 8 Uhr im „Reichshof" eine Sitzung des Vorstands und der Wettkampfkommission ab, zu der hiermit nochmals eingeladen wird.

— H. Sp. „Favorit". Die nächste Versammlung findet nicht wie bekanntlich am nächsten Sonnabend statt, sondern schon am Donnerstag um 8½ Uhr im Hotel „Stadt Leipzig".

Nordost-Thüringer Turngau. Am 24. August fand in Merseburg ein Gauwetturnen des Nordost-Thüringer Turngaues in Merseburg statt. Leider war es uns infolge Raummangels nicht möglich, den interessanten Verlauf des Festes eingehend zu schildern. Bei dem diesjährigen Gauwetturnen hatte der Hallesche Turn- und Sportverein einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen. 28 Mitglieder gingen aus dem Kampfe als Sieger hervor.

In der 1. Stufe (über 20 Jahre) wurde 1. Sieger mit 38 Punkten Kummer, 4. Sieger mit 36 Punkten Biesecker, 7. Sieger mit 34 Punkten Babladt, 8. Sieger mit 33 Punkten Fuge I, 9. Sieger mit 30 Punkten Geilert II, 12. Sieger mit 27 Punkten Geilert III, 12. Sieger mit 27 Punkten Kleine. Von 2? Siegern entfallen auf Halle 10, davon auf den Verein 7. — In der 2. Stufe (17—20 Jahre) wurde 1. Sieger mit 68½ Punkten Otz, 2. Sieger mit 66 Punkten Naumann, 8. Sieger mit 56 Punkten Fangohr. Von 28 Siegern entfallen auf Halle 5, davon auf den Verein 3. — In der 3. Stufe (14—17 Jahre) wurde 3. Sieger mit 73 Punkten Ritzau, 11. Sieger mit 63 Punkten Rennert, 12. Sieger mit 61 Punkten Reitzbach, 12. Sieger mit 61 Punkten Hoffmann, 18. Sieger mit 56 Punkten Richter, 28. Sieger mit 51 Punkten Zieger. Von 59 Siegern entfallen auf Halle 7, davon auf den Verein 6. — In der 4. Stufe (12 bis 14 Jahre) wurde 4. Sieger mit 67 Punkten Piaskowi, 5. Sieger mit 66 Punkten Dubiel, 5. Sieger mit 66 Punkten Metzschker, 7. Sieger mit 64 Punkten Gottscholg, 9. Sieger mit 62 Punkten Göhre, 9. Sieger mit 62 Punkten Böhme, 11. Sieger mit 60 Punkten Schaaf, 12. Sieger mit 59 Punkten Leirich, 13. Sieger mit 58 Punkten Elsässer, 14 Sieger mit 57 Punkten Moritz, 17. Sieger mit 54 Punkten König, 18. Sieger mit 53 Punkten Leonhardt. Von 59 Siegern entfallen auf Halle 14, davon auf den Verein 12.

Die Gaumeisterschaft im Fußball errang die Spielabteilung des Vereins mit 2 : 1 gegen „Städtischen Turnverein Weißenfels.". — Die Gaumeisterschaft im Faustball verlor der Verein an den Allgemeinen Turnverein zu Merseburg mit 104 gegen 118.

Neue Deutsche Rekorde wurden auf dem Internationalen Sportfest in München aufgestellt. So verbesserte Reinhard (Turn- und Sport-V. München 60) im 300-Meter-Laufen mit 36,3 Sek. den deutschen Rekord und Fräulein Kießling im 100 Meter Damenlaufen mit 13,2 Sekunden ihre eigene deutsche Bestleistung. In der Olympischen Damenstafette wurde die bisherige beste deutsche Zeit durch den Turn- und Sport-Verein München 1860 auf 1:27 verbessert. —

Chlorodont Zahnpaste macht die Zähne blendend weiß, wirkt antiseptisch, beseitigt Zahnstein sowie üblen Mundgeruch. Überall erhältlich.

Hauptschriftleiter Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten Volkswirtschaft und Sport: Hans Heiling; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Paul Kersten, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Halleschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909032-10/fragment/page=0003
DFG

Ab Freitag, den 5. September 1919

Leipzigerstrasse Nr. 88 Fernruf 1224.

Der Hoteldieb mit der vierten Hand

Eine seltsame Begebenheit in 5 Akten. In der Hauptrolle: **Jack,** der Wunderaffe.

Nur noch morgen: **FERN ANDRA** in **„Die Rache des Titanen".**

Alte Promenade Nr. 11a Fernruf 5738.

Der Teufel

Ein internationales Spiel in 4 spannenden Akten. In der Hauptrolle: **Leopold Kramer.**

Nur noch morgen: **‚Die Verführten'** mit **GERTRUD WELCKER.**

Hippodrom

Wintergarten

Fernsprecher 2185.

Magdeburgerstr. 66. Dir.: **Georg Arndt.**

Während der Dauer des Volksfestes

täglich abend 7 Uhr

Gr. Reitsportfest,

wozu alle **Sportliebhaber** u. **Reitlustige** eingeladen werden.

Herrliches Pferdematerial.

Vorzügl. Speisen und Getränke.

:-: Konzert-Direktion :-:
Siegfried Kummerehl-Halle.

„Thaliasäle", Freitag, den 5. September 1919, **abends 1/2 8 Uhr:**

Trio-Abend

der Berliner Trio-Vereinigung.

Prof. Mayer-Mahr (Klavier) ‖ **Alfred Wittenberg** (Violine)

Prof. Heinr. Grünfeld (Violincello)

Vortragsfolge:

L. v. Beethoven: Trio D-dur, op. 70 Nr. 1.
A. Dvorák: „Dumky" Klavier-Trio, op. 90.
Fr. Schubert: Grosses Trio I, B-dur, op. 99.

Konzertflügel: C. Bechstein. Vertr.: Reinhold Koch.

Karten zu Mk. 5.10, 4.10, 3.10, 2.10 für **linke Saalseite** bei **Heinrich Hothan** und für **rechte Saalseite** bei **Reinhold Koch.**

Loge zu den fünf Türmen (Albrechtstr.)

Dienstag, d. 9. September, abends 8 Uhr

Konzert der Violin-Virtuosin

Margarete Mandelstamm

(Berlin).

Am Bechsteinflügel (Vertr. Reinhold Koch):
Kapellmeister Leo Schönbach-Halle.

Programm: Vitali, Chaconne; Sinding, Suite A-moll op. 10; J. S. Bach, Präludium und Gavotte; Paganini, Caprice B-dur; Ernst, Erlkönig von Schubert; Wilhelmj, Nocturne D-dur von Chopin; Cui, Orientale; Tschaikowsky, Valse-Scherzo.

Eintrittskarten zu Mk. 5.10, 4.10, 3.10 u. 1.55 in der Hofmusikalienhandlung Reinhold Koch.

Thaliasäle, Dienstag, 9. September, 8 Uhr

Tanzabend von Liselotte Ney

unter Mitwirkung von **Richard Wolff** (Violine) und **Hans Pardon** (Klavier).

Grieg, Sonate G-dur op. 13 für Viol. u. Kl. — Tänze — Stücke alter Meister für Viol. u. Kl. — Tänze.

Blüthnerflügel aus dem Magazin von B. Döll.

Karten Mk. 4.10, 3.10, 2.10, 1.05 bei Heinrich Hothan.

Konzert-Direktion Siegfr. Kummerehl.

Cumberland

war gestern ausverkauft.
Auf vielseitigen Wunsch:

2. Gastspiel

im Bunten Abend am

4. September, abends 1/2 8 Uhr.

Karten zu M. 3.10, 2.10, 1.05 bei Hothan und Koch.

Altrenommierte Möbel-Fabrik

C. Hauptmann

Kleine Ulrichstr. 36a u. b.

Eilenburger Kattun-Manufaktur Aktien-Gesellschaft.

Rechnungs-Abschluss am 30. Juni 1919.

Besitz.

	ℳ
Grundstücke und Gebäude	420 000,—
Maschinen	185 000,—
Elektrisch. Anlage	20 000,—
Kupferwalzen	45 000,—
Geschirr	1,—
Kasse und Postscheck	38 061,91
Wertpapiere	25 935,50
Waren und Materialien	1029967,60
Schuldner	356 151,11
	ℳ 2 120 117,12

Verbindlichkeiten.

	ℳ
Aktien-Kapital	900 000,—
Anleihe	301 500,—
Gesetzl. Rücklage	90 000,—
Sonder-Rücklage	45 000,—
Rücklage für zweifelhafte Forderungen	50 000,—
Unterstützungs-Rücklage	30 000,—
Wohnhäuser-Rücklage	6 000,—
Anleihe-Zinsen	3 566,25
Kriegsgewinnsteuer-Rücklage	40 324,—
Gewinn-Anteile	378,—
Gläubiger	523 618,60
Gewinn- und Verlust-Rechnung	129 730,27
	ℳ 2 120 117,12

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1918/19.

Ausgaben.

	ℳ
Fabrikationskosten	284 297,37
Anleihe-Zinsen	14 175,—
Kursverluste	3 818,50
Abschreibungen	56 000,—
Rückstellung für Talonsteuer	9 000,—
Vertragsmässige Gewinn-Anteile	6 486,68
5% Dividende	45 000,—
Gewinn-Vortrag	69 243,59
	ℳ 488 021,14

Einnahmen.

	ℳ
Vortrag vom 30. Juni 1918	67 751,41
Rohgewinn	420 269,73
	ℳ 488 021,14

Die auf 5% oder ℳ 15,— für jede Aktie festgesetzte Dividende kann gegen Einlieferung des Dividendenscheines Nr. 47 bei der **Gesellschaftskasse** in **Eilenburg,** bei Herrn **Reinhold Steckner** in Halle S., bei Herrn **S. Bleichröder** in **Berlin,** bei der **Allgemeinen Deutschen Kredit-Anstalt** in **Leipzig** erhoben werden.

Der Aufsichtsrat unserer Gesellschaft besteht aus den Herren: Geheimer Kommerzienrat Dr. Emil Steckner in Halle S., Fabrikbesitzer Johannes Rabe in Halle S., Oberingenieur Paul Heine in Halle S., Fabrikbesitzer Heinrich Huth in Wörmlitz.

Eilenburg, den 26. August 1919.

Die Direktion.
Russina. pp. Hildebrandt.

Louis Börner

: Werkstätten :
für Raumkunst

Halle a. S., Leipzigerstr. 12
Fernsprecher 6122.

Komplette Wohnungseinrichtungen und einzelne Zimmer
in gediegener Ausführung und soliden Preisen.

Clubsessel
in weicher, schwellender Polsterung in Rindleder- u. Wollgobelin-Bezug.

Bekanntmachung.

Gemäß §§ 21 und 34 des Gesellschaftsvertrages findet die diesjährige ordentliche

Generalversammlung der Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft Wallwitz-Wettin

am

Mittwoch, den 24. September 1919, nachmittags 4 1/2 Uhr
im Sitzungssaale des Kreisständehauses in Halle, Luisenstraße 6, statt.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichts und der Betriebsrechnung für 1918.
2. Genehmigung des Abschlusses und der Gewinn- und Verlustrechnung.
3. Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.
4. Satzungsmäßige Neuwahl sämtlicher Mitglieder des Aufsichtsrates.

Der Abschluß und die Gewinn- und Verlustrechnung liegen bei Herrn Rentier **Hünicke** in **Wettin** zur Einsicht aus.

Die Aktionäre werden zu dieser Generalversammlung hierdurch mit dem Bemerken ergebenst eingeladen, daß nur diejenigen Aktionäre in der Generalversammlung stimmberechtigt sind, welche gemäß § 22 des Gesellschaftsvertrages ihre Aktien an den dort angegebenen Stellen oder bei der Landschaftlichen Bank in Halle oder bei der Kommerz- und Diskontobank in Berlin und Hamburg hinterlegt haben und dies in der vorgeschriebenen Weise nachweisen.

Halle, den 31. August 1919.

Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft Wallwitz-Wettin.
Der Vorsitzende des Aufsichtsrates.
von Krosigk.

Durch Gesellschaftsbeschluß vom 27. März 1918 ist die im Handelsregister des Amtsgerichts Löbejün eingetragene Handelsgesellschaft **Brennerei Neblitz mit beschränkter Haftung in Neblitz** aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei derselben zu melden.

Neblitz, den 1. September 1919.

Brennerei Neblitz m. b. H. in Liquidation.
Die Liquidatoren
Brömme. Beyse.

Weinstuben Schulze & Birner

Sophienstrasse 1. Fernruf 2377.
Bewirtschafter **Otto Ryssel.**
Behagliche Räume, vorzügliche Weine, zeitgemäße Küche.
Rumänischer Rot- und Weisswein
à Schoppen (1/4 Liter) 2,40 Mark einschl. Steuer.

Tanz-Unterricht.

Freitag, den 26. September, beginnt der **erste Kursus** meines Tanzunterrichts nebst Anleitung über Körperhaltung und Umgangsformen im großen Saale des **„Mars-la-Tour",** Große Ulrichstraße.

Im Besitz sämtlicher neuen Tänze.

Gefl. Anmeldungen werden jederzeit in meiner Wohnung entgegengenommen.

H. Wipplinger, Musik- u. Tanzlehrer, Forsterstraße 10, 1. Etg.

Professor Frese verreist bis 15. Sept.

HARMONIUMS

MANNBORG,
die führende Marke.
Allein-Verkauf bei
Piano-Ritter,
Leipziger Str. 73.

Echten dänischen

= Kautabak, =

die Packung 5.20 Mk., bei Voreinsendung unter Wertversicherung jedes Quantum gemischt, stark und dünn, echte Beize

Carl W. Schmidt, Großhandlung, Langensalza (Thür.).
Großhandelszulassung Landratsamt Langensalza.

Ich warne

alte künstliche und zerbrochene Zähne nicht wegzuwerfen.

Ich kaufe dieselben in

Halle a. S. im Hotel „Stadt Berlin", Leipzigerstraße 45, nur Donnerstag, den 4. Sept. 1919.

Nur einen Tag bleibe ich hier und zahle pro Zahn bis Mk. 1.—, Mk. 2.—, Mk. 4.— und höher. Gebisse bis 200 Mk. — Platin und Brennstifte. Einkauf findet nur diesen **Donnerstag von vorm. 10 bis 5 Uhr nachm. statt.**

Walhalla-Operetten-Theater.

Täglich 1/2 8 Uhr.

3 alte Schachteln

Kasse 10—1 1/2 u. 4—6.

Dauerwäsche!

Kragen,
Vorstecker,
Manschetten,
Manschetten-Schoner.

G. Liebermann, Geiststr. 42.

Stadt-Theater

Donnerstag, 4. Sept. 1919, Anfg. 7 1/2, Ende nach 10 1/4 Uhr:

Stein unter Steinen
Schauspiel v. Sudermann

Freitag: **Hannerl.**

Zoo.

Donnerstag, 4. Sept., nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr

Konzert

von der **Kapelle des Füsilier-Regts. Nr. 36**
Leitung: Kapellmeister
Otto Haupt.

Eintrittspreise:
für Erwachsene 1.— Mk. (von 7 Uhr abends ab 75 Pfg.), Kinder 50 Pfg., Abonnenten f. Wittekind haben zum Abendkonzert freien Zutritt.

Moderne

richtig sitzende

Augengläser

verschiedener Konstruktion

Otto Unbekannt

Gr. Ulrichstr. 1a.

Angebot!

Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen

ca. 150 Zimmer
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.

Möbelfabrik

Albert Martick Nachf.

Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Englische u. italienische Stunden, prakt. u. theoret. v. erf. Lehrerin
Lessingstr. 31, II. St. r.

Für 18 jähr. Lehrerstochter wird zum 1. Oktober

Pension

zur Erl. des Haushaltes u. gesell. Formen gei. Stadt, wo ihr Geleg. geb. wird an einem Kursus in kaufmännisch. Buchführung teilzunehmen bevorzugt. Antwort unter **Z. 1981** erbeten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Apollo-Theater.

Gastspiel **Kurt Olfers** Operetten-Gesellschaft

Täglich abends 8 Uhr

In glänzender Ausstattung

„Der lachende Ehemann".

Operette von E. Eysler.
Ottokar . H. Feiner a. G.
Vorverkauf 9—1 u. 5—1/2 7.

Gebr. Bethmann

Werkstätten
für Wohnungskunst

Halle a. d. S.
Große Steinstraße 79-80

Behagliche Wohnzimmer

☆

Stuhlsitze
aus Holz in allen Größen

Sobel, Steinweg 45.
Gr. Ulrichstr. 9. Reilstr.
Ammendorf Bahnhofstr.

I. Krim.-Detektiv
Polizei-Kom. a. D. Somm...
Hardenbergstr. 6 I.
Ermittelungen allerorts,
Ehescheidung., gr. Erfolg
Auskünfte.

Alb. Osterwald, Bürobedarf,
Poststr. 8. Fernruf 3725.

H. Schnee Nachf. Gr. Steinstraße
Erstes Spezialgeschäft
Strumpfwaren u. Trikotagen

Helft unseren Verwundeten!
Ziehung 24.—27. Sept. 1919

Geld + Lotterie

15997 Geldgew. bar ohne Abz.

Hauptgewinne: **560000**, **100000**, **50000**

Empf. u. vers. auch u. Nachn.
Lose à M. 4.- für Porto u. Liste 50 Pf. mitsenden.
Emil Stiller, Bankhaus, **Hamburg,** Holzdamm 39.
Eine rechtzeitige Bestellung!

Staubtücher

empfiehlt
H. Schnee Nachf.,
Gr. Steinstr. 84.

Bettnässen.

Befreiung sofort.
Alter und Geschlecht angeben. Ausk. umsonst. Aelteste und bestbewährte ges. gesch. Methode.
Institut Englbrecht,
München B 242. Kapuzinerstr.

Statt Karten.

Die glückliche Geburt eines gesunden

Töchterchens

zeigen hocherfreut an

Oberlehrer Walther Krüger u. Frau
Gertrud geb. Reinemann.

Remscheid, Nordstr. 16 I, d. 30. Aug. 1919.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909032-10/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 3. September.

Die Versorgung mit Tabak

Im Reichstag wurde einmal bei der Beratung einer Tabakvorlage von einem bekannten Wirtschaftspolitiker der Tabakverbrauch ein allgemeines Lebensbedürfnis auch der minderbemittelten Bevölkerung genannt. Für die Richtigkeit dieser Behauptung spricht die Tatsache, daß von der Begründung des Reichs bis zum Kriegsausbruch der Verbrauch an Tabak auf den Kopf der Bevölkerung nahezu der gleiche geblieben ist, nämlich 1,5 Kilogramm im Jahresdurchschnitt. Trotz der steigenden Belastung des Tabaks war eben der Rauchgenuß in Deutschland immer noch sehr billig. Das wird in Zukunft gänzlich anders werden. Der Tabak wird zu einem Luxusartikel werden, dessen Genuß die minderbemittelten Kreise sich nur noch in bescheidenem Umfang gönnen können. Schuld daran sind die hohen Preise des Rohtabaks im Inland und Ausland, die Entwertung unserer Valuta, die Steigerung der Arbeitslöhne und die hohe Tabaksteuer. Was die Rohtabakpreise betrifft, so ist der Wert des heimischen Tabaks gegenüber der Friedenszeit etwa um das zwölffache gestiegen, der des überseeischen Tabaks unter Berücksichtigung der Valuta um das zehnfache. An Arbeitslöhnen kostete die Herstellung von 1000 Zigarren früher etwa 7,50 M, heute 35 Mk. Von sachverständiger Seite ist die Wirkung der Verteuerung des Rohstoffs, der Steigerung der Arbeitslöhne und der Steuerbelastung auf die künftigen Zigarrenpreise folgendermaßen ermittelt worden: der niedrigste Preis für sogenannte Zigarillos aus rein deutschem Tabak wird 20 Pfg. sein. Für 30 Pfennig wird man eine kleine Zigarre aus deutschen Tabak, die es früher niemals gegeben hat, kaufen können. Eine Zigarre von geringer Qualität mit ausländischem Deckblatt wird 40 Pfg. kosten, während sich eine Zigarre aus rein überseeischem Tabak bereits auf eine Mark stellen wird. Die frühere 10 Pfennig Zigarre wird unter 1,50 Mark nicht zu haben sein. Wesentlich billiger wird sich der Rauchtabak stellen, man kann annehmen, daß sein Preis etwa ein Sechstel des Zigarrenpreises betragen wird. Das Pfeifenrauchen wird daher in Deutschland wieder stark in Gebrauch kommen. Für die Zigarrette werden uns in absehbarer Zeit fast nur überseeische Tabake zur Verfügung stehen, wie sie bisher zum Strecken für die billigsten Sorten Verwendung fanden. Orientalische und vor allem mazedonische Tabake, aus denen bisher die deutsche Zigarette ganz überwiegend hergestellt wurde, sind vorläufig nicht erreichbar. Trotz der geringen Qualität des Tabaks wird die billigste im Inland hergestellte Zigarette etwa [illegible] bis 15 Pennig kosten. Trotz des ungünstigen Standes der Valuta hat die Regierung inzwischen die Einfuhr von Rohtabak in beschränktem Umfang zugelassen, um die Tabakarbeiter wenigstens teilweise zu beschäftigen. Die Zigarrenfabrikation wird etwa ein Drittel ihres Bedarfs an Rohtabak vor dem Kriege erhalten, während die Zigarettenindustrie mit den zur Verfügung gestellten Tabaken etwa die Hälfte ihrer Friedenserzeugung erreichen wird. Unsere gegenwärtige Versorgung mit Tabakerzeugnissen gibt weder in bezug auf den Umfang noch auf die Preise ein richtiges Bild von der künftigen Lage, denn bei den jetzt käuflichen Fabrikaten handelt es sich fast ausschließlich um Schmuggelware. Erst mit Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen werden wir zu normalen Verhältnissen kommen.

Geistige Notstandsarbeiten für kriegsgefangene Akademiker

Unter den zurückkehrenden Kriegs- und Zivilgefangenen befinden sich schätzungsweise 30—40 000 Akademiker, Studierende und solche mit abgeschlossener Hochschulbildung. Ein großer Teil, wenn nicht der größte, wird sich durch die im und durch den Krieg veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sehen, sich schnellstens einen Erwerb zu suchen. Die augenblickliche Lage des akademischen Arbeitsmarktes ist bekanntlich so schlecht, daß dieser Arbeitsnot der Akademiker nur mit außerordentlichen Maßnahmen begegnet werden kann. Praktische Versuche haben gezeigt, daß es gerade so, wie man dem Handarbeiter vielfach Gelegenheit gegeben hat, vorübergehend Notarbeit zu leisten, auch auf dem Gebiete der geistigen Arbeit möglich ist, durch Notstandsarbeiten dem augenblicklichen Akademikerelend einigermaßen Abhilfe zu schaffen. Bei den staatlichen und städtischen Behörden, bei Industrie und Handelsbetrieben und vielen sonstigen Geschäftsstellen gibt es Arbeiten, deren Ausführung zwar wünschenswert und notwendig für den Betrieb ist, die jedoch aus besonderen Gründen noch zurückgestellt werden mußten. In Betracht kommen hier etwa besondere Arbeiten in den Buchhaltungen, das Ordnen von Registraturen, Anlegung von Kartotheken, Neuordnung von Plankammern bei Bauämtern, Anlegung von Archiven usw. Hier könnten zweifellos eine große Anzahl brachliegender akademisch gebildeter Arbeitskräfte nutzbringend verwandt werden. Freilich muß der Arbeitgeber vielfach seine Abneigung, Arbeiten, die nicht dringend sind, vergeben zu lassen, erst überwinden. Hier muß jeder, dem etwas an der Zukunft des deutschen Akademikerstandes gelegen ist, mithelfen, um der fortschreitenden Proletarisierung der Akademiker vorzubeugen. Besonders gilt es, unseren aus Kriegsgefangenschaft zurückkehrenden Akademikern schnellstens Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen.

Interessenten wollen sich bitte an die Arbeitsvermittlung des „Akademischen Hilfsbundes", Berlin NW. 7, Georgenstr. 44, wenden, die gern jede Auskunft erteilt.

Die Höchstpreise für Schlachtvieh und Häutepreise

Die unlängst erfolgte Aufhebung der zwangsweisen Bewirtschaftung der Felle und Häute hat zu Erscheinungen geführt, welche den denkbar besten Beweis dafür bilden, daß der neuerdings üblich gewordene brockenweise Abbau der Zwangswirtschaft die durch diesen herbeigeführte Zerrüttung des Wirtschaftslebens nur noch steigert, anstatt zu dessen Gesundung beizutragen. Daß die Wiederherstellung des freien Verkehrs mit Fellen und Häuten zu einer scharfen Steigerung von deren Preisen Veranlassung geben würde, war ja von vornherein mit ziemlicher Bestimmtheit zu erwarten. Pflegt sich doch der Preis einer Ware auf dem freien Markt in erster Linie nach dem Verhältnis zu bestimmen, in welchem Angebot und Nachfrage zueinander stehen. Gegenwärtig liegen aber die Verhältnisse leider einmal derartig, daß der Inlandsbedarf an Fellen und Häuten ausreichende Befriedigung nicht zu finden vermag.

Eine gewaltige Aufwärtsbewegung der in den Zeiten der Zwangswirtschaft künstlich niedrig gehaltenen Preise der eben erwähnten Erzeugnisse ist denn neuerdings auch tatsächlich eingetreten. Die Preise des Schlachtviehs haben sich aber dem nicht anzuschließen vermocht, da für dieses die zwangsweise Bewirtschaftung bestehen geblieben ist. Das hat aber wieder dazu geführt, daß die Bewertung der Felle und Häute zurzeit in einem geradezu ungeheuerlichen Mißverhältnis zu der des Schlachtviehs steht. Ein gutes Kalbfell kostet heutzutage ungefähr ebensoviel wie das ganze Kalb, von dem es stammt. Eine Ochsenhaut wird mit 1000—1100 Mark bezahlt, während der Landwirt für einen 16 Zentner schweren Schlachtochsen im günstigsten Falle kaum 2000 Mark erhält.

Daß derartige Zustände in den Kreisen der Viehhalter große Erbitterung hervorrufen, kann nicht weiter Wunder nehmen. Der Schleichhandel mit Vieh und Fleisch wird natürlich durch sie in weitgehendstem Umfange begünstigt, so daß an eine Verbesserung der ordnungsmäßigen Versorgung der Bevölkerung mit frischem Fleisch vorderhand nicht zu denken ist. Durch eine Heraufsetzung der Schlachtviehpreise läßt sich allerdings der Schleichhandel überhaupt nicht in wirksamer Weise bekämpfen, da er unter den obwaltenden Verhältnissen eine solche ohne weiteres mitzumachen vermag. Er wird vielmehr so lange bestehen und blühen, wie es noch Leute gibt, die das Bedürfnis haben, mehr Fleisch zu essen, als ihnen der amtliche Verteilungsplan gewährt, und für die der Preis Nebensache ist, wenn es gilt, solches „unter der Hand" zu erstehen.

Eine zum mindesten der obgedachten Steigerung der Felle- und Häutepreise entsprechende Heraufsetzung der zurzeit in Geltung befindlichen Höchstpreise für Schlachtvieh erscheint trotz alledem als dringend vonnöten. Hierfür spricht neben Billigkeitsgründen vor allem der Umstand, daß die jetzigen Schlachtviehpreise noch keineswegs im angemessenen Verhältnis zu den Unkosten der Viehhaltung und im besonderen den Magerviehpreisen stehen. Das Endziel muß aber selbstverständlich der planmäßige Abbau der gesamten Zwangswirtschaft bleiben. Es wird wirklich allerhöchste Zeit, daß die maßgebenden Stellen endlich an ihn herantreten. Setzen sie die bisherige Herumwurstelei an dem Gebäude der Zwangswirtschaft weiter fort, so dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn dieses schließlich eines schönen Tages mit lautem Krach zusammenstürzt. Locker genug ist sein Gefüge bereits geworden. W.

Strafkammer

Hehlerei von Plündergut brachte den Schlosser Hermann Heyne vor die Strafkammer. Nach seiner Angabe ist er am Sonntag, den 2. März, vormittags gegen 10 Uhr von seiner Wohnung Moritzkirchhof fortgegangen, um in Giebichenstein einen Besuch zu machen. Auf dem Paradeplatze sei ein Mann an ihn herangetreten, der zwei Säcke bei sich gehabt und ihm Zigaretten zum Kaufe angeboten habe. Nachdem er den einen Sack aus Zellbahnstoff geöffnet und oberflächlich festgestellt habe, daß er Zigaretten in banderolierten Schachteln enthalten habe, habe er ihn für 60 Mark angekauft, nicht ohne den Mann zu fragen, ob es reell erworbene Ware sei. Von den Plünderungen in der vorhergegangenen Nacht will er noch nichts gewußt haben. Da er seinen Besuch nicht habe aufgeben, aber auch nicht nach seiner Wohnung habe zurückkehren wollen, so sei er zu seinem Bekannten, den Kammerjäger Theodor Schubert, in der Marthastraße gegangen, um den Sack hier einstweilen unterzubringen. Da Sch. im Augenblick nicht anwesend gewesen sei, so habe er den Sack in die Stube an den Ofen gestellt, frei für jeden sichtbar. Als der Sack hier aufgefunden wurde, enthielt er außer den Zigaretten, 67 Schachteln, auch noch Dietriche, Meiseln usw., was der Angeklagte H. aber nicht gewußt haben will. Sobald H. vernommen hatte, daß Sch. verhaftet worden sei, ist er zur Kriminalpolizei gegangen, um hier den Hergang der Sache anzugeben und den Sch. zu entlasten. Das Gericht war der Meinung, der Angeklagte H. müsse gewußt haben, daß die Sachen aus einer unerlaubten Handlung herrührten und verurteilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahre und zu 5 Jahren Ehrverlust, während Sch. wegen Begünstigung mit 4 Monaten Gefängnis davonkam. — Die Schleifer Hugo Richter und Heinrich Elsner aus Leipzig-Gohlis waren angeklagt, im Mai und Juni in 7 Fällen verschiedenen Personen in Schkeuditz eine größere Anzahl Hühner und Kaninchen, einen Hahn, ein Ziegenlamm, 2 Ziegen und ein Schwein im Gewichte von 95 Pfund gestohlen zu haben; um zu den Tieren zu gelangen, mußten sie einsteigen und Schlösser zerbrechen. Auch ein versuchter schwerer Diebstahl und Bestechung eines Polizeibeamten wurde ihnen zur Last gelegt. Das Gericht verurteilte beide wegen schweren Diebstahls im strafschärfenden Rückfalle, und zwar Richter zu einem Jahre 6 Monaten 3 Wochen, Elsner zu 3 Jahren 3 Wochen Gefängnis. — Der Fleischer Max Bergmann aus Berlin war gelegentlich eines Besuches am 7. Juni im Burgkemmitzer Forst mit einem Militärgewehr und 8 Patronen betroffen worden an einer Stelle an der viel Rehwild vorhanden ist. Er hatte auf einem Baumstamme gesessen, nach der Anklage abwartend, um gegebenenfalls schießen zu können. Bei seiner Verhaftung hatte er sich dem Amtsvorsteher gegenüber einen falschen Namen beigelegt. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Wilderns und wegen Nichtablieferung von Waffen zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten 2 Wochen, wegen Angabe eines falschen Namens zu 40 Mark Geldstrafe; auch wurde auf Einziehung des Gewehres erkannt.

Der Holzeinschlag für den nächsten Winter

Nachdem das Reichswirtschaftsministerium zur Hebung der heimischen Industeir und der holzverarbeitenden Gewerbe sowie angesichts der drohenden Kohlennot für das Forstwirtschaftsjahr 1920 einen um ⅓ höheren Einschlag Derbholz gegenüber demjenigen des Wirtschaftsjahres 1913 vorgesehen hat, hat das Preußische Ministerium für Landwirtschaf, Domänen und Forsten die Regierungen mit entsprechender Anweisung versehen. Wenn bei der Einschlagsvermehrung namentlich Holzarten berücksichtigt werden müssen, nach denen größere Nachfrage herrscht, ist zunächst auf die Versorgung der Bevölkerung mit Brennholz zu mäßigen Preisen allergrößter Wert zu legen, dann aber auch auf die Beschaffung von Schwell-, Papier-, Bau-, Möbel- und Tischlerholz und im Interesse des Bergbaues auf Grubenholz.

Beim Absatz von Brennholz ist dem Bedürfnis der Minderbemittelten durch freihändigen oder meistbietenden Verkauf mit beschränktem Käuferzutritt in erster Linie Rechnung zu tragen, auch die Fortführung des Betriebes der auf Holzbrand angewiesenen Bäckereien zu gewährleisten; erst wenn dem voll und ganz genügt ist, dürfen öffentlich meistbietende Verkäufe von Brennholz ohne Käuferbeschränkung abgehalten werden. Den gemeinnützigen Siedlungs- und Baugesellschaften ist das für ihre eigenen Bauten erforderliche notwendige Holz auch fernerhin zu Vorzugspreisen auf vorherige rechtzeitige Anmeldung zur Verfügung zu stellen. Anforderungen von Handwerker- und ähnlichen Verbänden auf Abgabe von Nutzholz zur Wiederaufnahme der kleinen Betriebe sind wohlwollend zu prüfen; bei Bedürftigkeit kann die Ueberweisung von Holz zu einem mit dem Werte des Holzes verträglichen mäßigen Preise erfolgen. Holzabgaben zu Vorzugspreisen oder in festgesetzten Mengen an besondere Zweige der holzverbrauchenden Industrien sind für den kommenden Einschlag nicht in Aussicht genommen.

Der Möglichkeit, daß ausländische Käufer unter Ausnutzung des niedrigen Markkurses bestrebt sein werden, Holz einzukaufen, wird durch Ausfuhrverbote und sonstige Maßnahmen vorgebeugt werden. Zur Sicherstellung besonderer Abnehmerkreise sind Versteigerungen mit beschränktem Bieterkreise angeregt, z. B. Brennholz für den örtlichen Bedarf, Nutzholz für kleinere Handwerker usw.

Mit dem Einschlag wird unter Heranziehung aller verfügbaren geeigneten Arbeiter baldmöglichst begonnen werden, damit schnellstens größere Holzmengen, insbesondere Brennholz, zum Verkauf gestellt und noch rechtzeitig, wenn angängig, unter Benutzung des Wasserweges, den Verbrauchsorten zugeführt werden können.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **50 Gramm Margarine.** In der laufenden Woche werden außer den bereits zur Verteilung bekannt gegebenen 50 Gramm Margarine auf den Abschnitt 390 des Warenbezugsscheines Nr. 24 noch weitere 50 Gramm Margarine zum Preise von 35 Pfg. abgegeben. Der Verkauf erfolgt am Freitag und Sonnabend in den Geschäften, in denen die Haushaltungen zur Butterkundenliste angemeldet sind. Die abgetrennten Abschnitte sind gebündelt dem Stadternährungsamt am Montag, dem 8. September abzuliefern.

— **Städtischer Verkauf von sterilisierter dänischer Vollmilch** (Fortsetzung der 3. Sonderverteilung) in der Talamtschule am Donnerstag, dem 4. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 24 001—27 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 27 501—31 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für einen Haushalt mit 1—3 Personen kann eine Flasche sterilisierte dänische Vollmilch, für weitere drei Personen eines Haushaltes kann noch eine Flasche sterilisierte dänische Vollmilch abgegeben werden. Der Verkaufspreis beträgt 3,50 Mk. für die Flasche. — Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Donnerstag, dem 4. September. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 69 001—71 000 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 71 001—74 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 60 Gramm zum Preise von 40 Pfg. abgegeben. Der Lebensmittelschein ist vorzulegen. — Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

— **Der Verkauf von Quark** erfolgt am Donnerstag, dem 4. September auf den Abschnitt 15 der eingetragenen Kunden der Niemberger Molkerei, Rannische Straße 20/21. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund abgegeben. Der Preis für ein halbes Pfund Quark beträgt 70 Pfg. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Sonnabend, dem 6. September abzuliefern.

— **Ackerbohnen.** An Stelle der in der Woche vom 25. bis 31. August und früher ausgefallenen Fleischmengen gelangen in dieser Woche geschälte Ackerbohnen zum Verkauf. Der Verkauf beginnt am 5. d. Mts. gegen Abgabe der für die Woche vom 1.—6. September gültigen Fleischmarken. 1 C—1 K der Vollkarte, 1 B—1 E der Kinderkarte). Für jede Person werden 250 Gramm Ackerbohnen (Kinder unter 6 Jahren die Hälfte) verabfolgt. Der Verkaufspreis beträgt 50 Pfg. für 250 Gramm Bohnen. Die Käufer können nur bei denjenigen Verkäufern die Bohnen einkaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenliste eingetragen sind. Anstalten usw. erhalten die Bohnen auf Grund von Bezugsscheinen, die im Stadternährungsamt — Zimmer 12 — ausgestellt werden. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Fleischkartenabschnitte zu Hunderten gebündelt, in verschlossenem und mit der Firma versehenem Umschlag, auf dem die Zahl der Marken und der Restbestand an Ackerbohnen vermerkt worden sind, bis zum 15. September d. J. — Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links — abzuliefern.

— **„Anläßlich einer Gedenkfeier** an die deutschen Siege bei Tannenberg und Sedan, die am Montag abend in den „Thaliasälen"" stattfand, hielt der kühne Führer des „Seeadler", unser Mitbürger Graf Luckner, einen zweiten Vortrag über die Heldenfahrten und Heldentaten seiner Leute und seines Schiffes." Mit diesen Worten beginnt die demokratische „Saalezeitung" ihren Bericht über den Vortrag des Grafen Luckner. „Anläßlich einer Gedenkfeier ..." Neugierig werden sich die Leser der „Saalezeitung" vielleicht gefragt haben, wer denn diese Gedenkfeier veranstaltet habe, umsomehr, als es zum Schluß des Berichtes heißt: „Aus dem Verlauf der Tannenbergfeier selbst sei mitgeteilt, daß an Hindenburg, Ludendorff, den ehemaligen Kaiser und die Kronprinzessin Cäcilie Telegramme abgesandt wurden." Mit keinem Wort wird verraten, um was für eine Gedenkfeier es sich handelt. Vielleicht hält das Blatt es vom demokratischen Standpunkt aus für schädlich, seinen Lesern mitzuteilen, daß diese Gedenkfeier von der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltet worden ist? Es könnte wohl sein, daß bei der nächsten Gelegenheit auch Demokraten in deutschnationale Versammlungen gehen, sich dort selbst von der Notwendigkeit der deutschnationalen Sache überzeugen und der Demokratie verloren gehen? Man kann es verstehen, daß das Blatt nicht Proselyten schaffen will, es weiß vielleicht selbst am besten, wie „fest" der demokratische Gedanke im Volke wurzelt ... Aber den interessanten Vortrag des Grafen Luckner wollte es sich dennoch nicht entgehen lassen, und da machte es die Sache halt anders! Oder sollte etwa ein Teil (!) der Leser in die Annahme versetzt werden, daß es sich um eine demokratische Gedenkfeier handelte? Sie hätten aber doch dadurch stutzig werden müssen, daß dort ein Kaisertelegramm abgesandt wurde. Denn: „Demokratie und Kaisertum" — es ist schon lange her.

— **Vivarium", Verein für Aquarien- und Terrarienkunde** e. V. Der für die vorige Sitzung angekündigte Vortrag von Dr. Tänzer, „Die Malariamücke und ihr Vorkommen bei Halle" wird am Freitag um 8½ Uhr in Bauers Restaurant, Rathausstraße gehalten. Gäste willkommen.

— **Zoologischer Garten.** Morgen, Donnerstag, nachmittags um 4 Uhr und abends um 7½ Uhr finden Konzerte von der Kapelle des Füsilier-Regiments Nr. 36 unter Leitung des Kapellmeisters Otto Haupt statt. Die Vortragsfolgen enthalten Tonwerke von Grau, Gluck, Sullivan, Seidel, Flotow, Jessel Gilbert, Lincke, Fucik, Weber, Godard, Schmeling, Haupt, Friedrich II, Kistler, Strauß, Ball, Schreiner und Komzak. Die Eintrittspreise sind aus der Anzeige zu ersehen. Wittekind-Abonennten haben zum Abendkonzert freien Zutritt.

— **Unfall.** Gestern vormittag wurde in der Trothaer Straße ein 5 Jahre alter Knabe von einem aus Morl gekommenen Kraftfahrzeug, welches in rasendem Tempo nach der Innenstadt fuhr, umgefahren und im Gesicht und an beiden Armen verletzt. Lebensgefahr für das Kind besteht nicht. Das Kraftfahrzeug, das sich seiner Feststellung durch die Flucht entzog, ist ein graugestrichenes Geschäftsfahrzeug. Hinter dem Führer des Kraftfahrzeuges saßen ein Mann und eine Frau, die beide ihn im Sitzen erheblich überragten.

— **Einbrecher.** In letzter Nacht wurde in der Kronprinzenstraße eingebrochen. Die Täter, die durch Hausbewohner gestört wurden, sind unerkannt entkommen. Gestohlen ist nichts. — In derselben Nacht wurde in der Lindenstraße eingebrochen und Kleidungsstücke und Wäsche im Werte von mehreren 1000 Mk. gestohlen. Die Täter sind noch nicht ermittelt. —Ein Zuschläger, der wegen Einbruchsdiebstahls festgenommen werden sollte, leistete Widerstand, so daß der Beamte von seiner Waffe Gebrauch machen mußte und ihn unschädlich machte. Zwei unbekannte Männer, die in vergangener Nacht auf der Schieferbrücke von einem Beamten wegen Verdachts des Diebstahls gestellt wurden, überwältigten den Beamten und ergriffen die Flucht. Das Diebesgut — mehrere Kisten Zigarren — warfen sie von sich. Es ist sichergestellt.

*

— **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, wird Flotows romantisch-komische Oper „Martha" mit den Damen Schwarz und Böhmer und den Herren Barck, Burt, Rösler, Schreiber in den Hauptpartien unter musikalischer Leitung von Karl Nöhren in der Inszenierung von August Rösler zur Aufführung gebracht. Donnerstag „Stein unter Steinen", Freitag „Hannerl", Sonnabend „Einsame Menschen", Sonntag (Anfang 6 Uhr) „Götterdämmerung".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909032-10/fragment/page=0005

Anordnung

über das Schlachten von Schaflämmern.

Auf Grund des § 4 der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über ein Schlachtverbot für trächtige Kühe und Sauen vom 26. August 1915 (R.-G.-Bl. S. 515) bestimme ich hierdurch unter Abänderung meiner Anordnung vom 25. Februar 1919 folgendes:

§ 1.

Das durch die Anordnung vom 25. Februar 1919 ausgesprochene Verbot der Schlachtung aller in diesem Jahre geborenen Schaflämmer wird für Bocklämmer und Hammellämmer mit dem 1. Oktober d. J. aufgehoben.

Ausnahmen von dem Verbot für weibliche Schaflämmer dürfen — unbeschadet der Vorschrift im § 2 der Anordnung vom 25. Februar 1919 über Notschlachtungen — auch vom 1. Oktober ab nur aus dringenden wirtschaftlichen Gründen, in der Regel nur für solche Lämmer, die zur Aufzucht nicht geeignet sind, vom Landrat, in Stadtkreisen von der Ortspolizeibehörde, zugelassen werden.

§ 2.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 5 der eingangs erwähnten Bekanntmachung mit Geldstrafe bis zu 1500 *M* oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Berlin, den 15. August 1919.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Braun.

Vorstehende Anordnung wird zur Kenntnis gebracht.

Halle, den 1. September 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesetzsammlung Seite 265) und des § 142 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (Gesetzsammlung Seite 195) wird mit Zustimmung des Kreisausschusses für den Umfang des Saalkreises folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1.

In den Monaten Mai bis einschließlich November ist das Betreten der Feldmarken, Forsten und Wälder außerhalb der öffentlichen Wege und Straßen in der Dunkelheit, d. h. in der Zeit zwischen einer Stunde nach kalendermäßigem Sonnenuntergang und einer Stunde vor kalendermäßigem Sonnenaufgang nur mit schriftlichem Ausweis der Ortspolizeibehörde gestattet.

§ 2.

Zuwiderhandlungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 30 *M*, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft bestraft.

§ 3.

Diese Polizeiverordnung tritt sofort in Kraft.

Halle, den 29. August 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Bekanntmachung.

Im Prüfungstermin am 30. Juni 1919 hat vor der staatlichen Prüfungskommission für Hufschmiede der Schmied Wilhelm Beyer aus Hohen die Prüfung als Hufbeschlagschmied mit gut bestanden.

Halle, den 30. August 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Bekanntmachung.

Die Erzeugerhöchstpreise (Großhandelspreise in Klammer) sind vom 31. August ab bei Stangen- und Buschbohnen auf 30 (40), bei Wachs- und Perlbohnen auf 40 (50) Pfg. je Pfund festgesetzt worden.

Halle, den 30. August 1919.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.

Bekanntmachung.

Die Amtliche Kohlenverteilungsstelle für den Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau zu Halle a. S. hat die von den Kommunalverbänden ausgestellten Bezugsscheine für den Bezug von Kohlen von der Grube mit Geschirr mit dem 31. August d. J. für ungültig erklärt. Vom 1. September d. J. ab dürfen Kohlen von der Grube mit Geschirr nur nach den von der Amtlichen Verteilungsstelle zu Halle a. S. vorgeschriebenen Bezugsscheinen, welche auf höchstens 20 Zentner lauten dürfen, bezogen werden.

Die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher mache ich auf die obige Bekanntmachung aufmerksam und ersuche, Anträge auf Ausstellung bezw. Umschreibung der Bezugsscheine unter Beifügung derselben sowie Angabe, von welcher Grube die Kohlen bezogen werden sollen, nach hier einzureichen. Bei der z. Zt. herrschenden sehr großen Kohlenknappheit ersuche ich, genau die Kohlenvorräte nachzuprüfen und nur die Anträge von denjenigen Haushaltungen nach hier einzureichen, welche keine Kohlen besitzen.

Halle, den 30. August 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Verordnung des Reichsministeriums vom 16. Juli d. J. (R.-G.-Bl. S. 652) findet am 8. Oktober 1919 eine Volkszählung statt, zu welcher behufs Durchführung einer möglichst fehlerlosen und ordnungsmäßigen Zählung ein gut unterrichtetes Zählerpersonal erforderlich ist.

Es ist daher dringend erwünscht, daß alle Personen, die irgendwie imstande dazu sind, sich im vaterländischen Interesse als freiwillige Helfer zur Verfügung stellen und sich sofort bei dem zuständigen Gemeindevorstande melden.

Die Zählpapiere werden durch die Ortsbehörden an die Haushalte ausgegeben.

In dem jedem Haushalte mit übergebenen „Besonderen Fragebogen" sind alle in Abstimmungsgebieten geborenen Personen einzutragen, die bis zum 1. Januar 1921 das 20. Lebensjahr vollendet haben, also vor dem 1. Januar 1901 geboren sind.

Halle, den 2. September 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Bekanntmachung.

In der in der „Halleschen Zeitung" und im „Volksblatt" veröffentlichten Schauordnung für den Saalkreis für den Wasserlauf der Fuhne muß es im § 2 unter Nr. 8a heißen:

„Landwirt Wilhelm Pommer in Mitteledlau".

Halle, den 27. August 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Bekanntmachung

Unter Bezugnahme auf meine Bekanntmachung vom 22. v. Mts. werden die landwirtschaftlichen Unternehmer des Saalkreises aufgefordert, von jedem angebauten Morgen Hafer 2 Zentner abzuliefern. Nähere Anweisung erfolgt von der Kreiskornstelle in Halle.

Halle, den 1. September 1919.

Der Landrat des Saalkreises.
von Krosigk.

Bekanntmachung.

Es liegt die Vermutung nahe, daß Landwirte Gerste ohne Genehmigung schroten lassen. Ich weise darauf hin, daß sowohl Gerste wie auch Hafer nur mit Schrotkarte zur Mühle gebracht werden dürfen.

Halle, den 1. September 1919.

Der Landrat des Saalkreises.

Original Weck- und Silesia-**Einkoch-Gläser,** rein weisse Ware in allen Grössen, billigste Tagespreise. **Louis Böker,** Leipzigerstr.

Stellen-Angebote

Zum 1. Oktober gesucht
unverheirateter selbständiger Inspektor
auf mittlerem Gute der Provinz Sachsen. Angebote an die Geschäftsstelle dieser Zeitung unter **Z. 1976.**

Tüchtige Wäschemamsell,
auch im Bügeln erfahren, in Jahresstellung zum 15. Sept. gesucht.
Kurhaus Mutiger Ritter, Bad Kösen.

Zum 1. Oktober wird für frauenlosen landwirtschaftlichen Haushalt eine
tüchtige, ältere Wirtschafterin gesucht.
Gefl. Angebote an **L. Richter,** Raguhn (Anhalt).

Tüchtiges Zimmermädchen
sucht per 15. September
Hotel der Elektrowerke Zschornewitz
Bezirk Halle a. S.

Kinderfräulein
zu 3 und 6 Jahre alte mutterlose Knaben in größere Gutswirtschaft sofort oder zum 15. September 19 gesucht. Leichte Unterstützung im Haushalt Bedingung. Mamsell und Hausmädchen vorhanden. Gehalt 40 Mk. monatlich bei vollständig freier Station und Familienanschluß. Angeb. an **Hermann Elsaesser,** Priester (Saalkr.).

Arbeitsfreud. jg. Mädchen (16—25 J.) m. gut. Schulbild. könn. z. **Ausbild. v. Kinderpflegerinnen** b. fr. Stat. i. d. Kinderheilstätte d. Vaterländ. Frauenvereins tagsüb. vom 1. Okt. eingest. werden. Meld. Geschäftsst. Schimmelstr. 12, vorm. persönl. mit Einreich. v. Zeugn., Lebenslauf u. Bild **M. Krause-Dehne,** Vorsitz.

Tüchtige ältere **Stütze** aus anst. Familie i. Kochen u. Hausweien erf., w. f. Gastwirtsch. a. d. Lande (Anhalt) zum 15. Sept. od. sp. **gesucht.** Gehaltsanspr., Zeugnisabsch. usw. bitte unter Z. 19?2 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Suche zum 1. Okt. zuverlässiges
Kinderfräulein
für meine Kinder von 3 und 1 Jahr. Nähen erwünscht.
Frau Klara Pille, Sondershausen i. Th.

Stellen-Gesuche

Forstlehrlingsstelle
für Sohn besserer Eltern gesucht. Alter 16 Jahre, Real-Untersekundaner. Off. unter Z. 1962 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Berufslandwirt, 27 Jahre alt, von Jugend auf im Fach, gegenwärtig in 1200 Morgen großer Wirtschaft als Verwalter tätig, **sucht feste Stellung als Verwalter, Hofmeister od. Wirtschafter,** wo spätere Verheiratung gestattet, ab 1. Jan. 1920 od. auch früher. Werte Angebote unter **Z. 1978** an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Junger, tüchtiger **Landwirt,** verheiratet, 32 Jahre, 1 Kind, **sucht** zum 1. Oktober oder später
Vertrauensstellung
als **Verwalter, Hofmeister** oder **Wirtschafter,** war 4½ Jahre im Felde, vorm Kriege selbständig. Werte Ang. u. Z. 1970 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Landw. Buchh., 32 Jahre, ledig, sucht sofort oder später
Vertrauensstellung
als Rechnungsführ., Rend. od. dgl. Nat. Gesinnung, selbständ. flott. Arb., kautionsfähig, prima Zeugn. u. Refer. Ang. unter A. L. 242 Rudolf Mosse, Magdeburg

Tüchtiger Zimmermann, welcher schon längere Jahre auf Rittergut tätig gewesen ist und auch mit allen landw. Arbeiten, sowie Dampfdreschsatz vertraut ist, **sucht** wieder auf ebensolchem Gute oder in kleinerem od. mittl. Gute **Stellung.** Off. u. E. 43 an Dübener Nachrichten, Düben (Mulde).

Verkäufe

Holzverkauf.
Rund 90 cbm Kantholz und **rd. 170 cbm Rundholz** ausgebauter Lehrgerüste der Saalebrücken auf Bahnhof Weißenfels sollen öffentlich verkauft werden.
Die Verkaufsbedingungen können, soweit der Vorrat reicht, gegen bestellgeldfreie **Bareinsendung von 75 Pfg.** von dem unterzeichneten Eisenbahnbetriebsamt bezogen werden.
Angebotsfrist: 15. 9. 1919.
Zuschlagsfrist: 8 Tage.
Weißenfels, am 28. Aug. 1919.
Eisenbahnbetriebsamt.

Zwei mitteljährige leichte
Pferde
zu verkaufen.
Zillmann & Lorenz,
Delitzscherstraße 9.

Ia. Tomaten
in 30 Pfund-Körben à M. 1.10 gegen Nachn. frei Jessen und Postkollis zu M. 13.50 franko gegen Nachn. bietet an Gärtnerei Ruhlsdorf bei Jessen, Bez. Halle.

Hafer, Erbsen, Linsen, Gemüse, landw. Sämereien
kauft und verkauft
Carl W. Schmidt, Großhandlung,
Langensalza (Thür.).
Amtl. Zulassung Landratsamt Langensalza.

Wagenpferde,
4 erstklass., edle, ca. 5jähr. Füchse, 1,72 bezw. 1,68, mit fabelhaften Gängen, verkauft in gute Hände.
Seibicke-Trumpa (Bezirk Halle S.). Fernruf Mücheln 62.

Stöwer-Auto,
4 zil., 6/14, abnehmbare Felgen, Lederpolsterung, 4 Sitze, Verdeck, f. d. festen Preis von 8000 Mark **zu verkaufen.**
Dr. Scheermeßer, Dessau.

Größerer Posten frische **— Preißelbeeren —** eingetroffen. à Pfund 2 Mk. Waschanstalt Halloria, Marienstraße 2.

Derb- und Reisstangen
lieferbar
Rich. Höfer, Holzhdlg., Zwickau (Sa.).

Parkwagen,
elegant, auch für Pony und
Selbstfahrer verkauft
Schumann, Fleischerstr. 7.

Karbidlampen, Karbid.
Otto Sparmann,
neben Walhalla.

Dobermann
mit Stammbaum „Prinz von Hahndorf", treu u. wachsam, geflügelfromm, nachts bissig, umständehalb. **zu verkaufen.**
Gebr. Grunsfeld,
Pferde-Import,
Julius Kühnstraße 6.

Kaufgesuche

Futterrüben-, Zuckerrüben-, Herbstrüben-, Kohlrüben- Samen
Kümmel, Viktoria-Erbsen, Linsen
in größeren Posten laufend **zu kaufen gesucht.**
Hermann Korte,
Samenhandlung, Quedlinburg,
Kleersstraße. Tel. 886.

Braunkohlen und Braunkohlenbriketts
zu guten Preisen nach Süddeutschland zu kaufen gesucht. Angeb. u. **Z. 1980** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Pachte, evtl. kaufe
guten Landgasthof
wo Land zupachten kann, auch anderes Objekt, verfüge 25000 Mk. Gefl. Off. u. **Z. 1979** an die Geschäftsst.

Miet-Gesuche

Ehepaar mit erwachsenem Sohne und zwei kleinen Mädchen sucht gut ausgestattete
möblierte Zimmer
in gutem Hause mit **Pension,** mögl. Gartenbenutzung. Offerten erbeten nach **Landwehrstraße 25** Eingang Franckestraße.

Verschiedenes

Beteiligung
mit 15—20 000 M. an rent. Geschäft od. Unternehm. Ang. u. A. M. 243 Rudolf Mosse, Magdeburg.

Jalousien!
liefert und repariert mit Material bester Friedens-Qualität
Hönemann
Bauhof 1. Tel. 3631.

Wer würde
Ziege in Pflege nehmen,
täglich 1½ Liter Milch gegen Höchstpreis abgeben? Futter könnte gegen Bezahlung beschafft werden. Angeb. unter **Z. 1974** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Eich. Schlafzimmer, gestr., mod. gute Ausführ., **1500 Mark,**
Gebr. Nußb.-Schlafz. mit Matratzen, gediegen, **2300 Mark,**
Küchen von 425 M. an
Mabag. Schlafzimmer prima Ausführung verkauft
Emil Winkel,
3 Moritzzwinger

Metallbetten, Stahldraht-Matratzen, Kinderbetten, Polster an jedermann. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik **Suhl i. Th.**

Heirat

Jung. Landwirt,
27 Jahr alt, Res.-Off., vermögend, sucht Bek. wirtschaftl. gebild. Dame zwecks **Heirat.** Grösseres Vermög. zwecks Ankauf erwünscht, evtl. Einheirat. Ernstgem. Angebote vertrauensvoll unt. A. K. an Rudolf Mosse, Magdeburg.

Bankhaus **Paul Schauseil & Co.,** Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg, Gräfenhainichen. An- und Verkauf von Wertpapieren. Einlösung von Zinsscheinen, Verzinsung von Geldeinlagen, Conto-Corrent- und Wechsel-Verkehr etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909032-10/fragment/page=0006

Landwirtschaftliche Wochenbeilage

der

Halleschen Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen, für Anhalt und Thüringen

Halle-Saale, Mittwoch, den 3. September 1919

Das Deputatgetreide der Landarbeiter

Von maßgebender Stelle sind die Kommunalverbände unlängst darauf hingewiesen worden, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter auch jetzt noch häufig über das gesetzlich zulässige Maß hinaus Deputatgetreide erhalten, daß aber ein derartiger Mehrverbrauch von Getreide mit allen Mitteln verhindert und demzufolge auf eine Ablösung der die gesetzlichen Rationen übersteigenden Deputatmengen durch entsprechende Barzahlung hingewirkt werden muß.

Demgegenüber hat sich seinerzeit der preußische Landwirtschaftsminister Braun in einem an das Reichsernährungsministerium gerichteten Schreiben dafür ausgesprochen, daß „den Landarbeitern die ihnen vertragsmäßig zustehenden Naturalbezüge im vollen Umfange gewährt werden und den leistungspflichtigen Arbeitgebern die Möglichkeit benommen wird, Teile dieser Naturalbezüge in bar abzugelten." Der Erlaß einer Verordnung, durch welche die Arbeitgeber in die Lage versetzt werden, alle den landwirtschaftlichen Arbeitern vertraglich zustehenden Naturalbezüge als solche in vollem Umfange zu gewähren, ist von ihm im Anschluß hieran als dringend notwendig bezeichnet worden.

Herr Braun macht also den Landwirten in ganz unverblümter Weise den Vorwurf, daß sie ihren Arbeitern das volle Getreidedeputat als solches wegen den entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht verabfolgen wollen. Die mit der Bewirtschaftung des Getreides beauftragten Stellen sind dagegen angehalten worden, eine Ueberschreitung der gesetzlichen Ration bei der Hingabe von Deputatgetreide mit allen Mitteln zu verhindern. Letzteres zeigt bereits mit aller Deutlichkeit, wie unberechtigt die fraglichen Ausführungen des jetzigen Landwirtschaftsministers gewesen sind. Die Landwirte sind selbstverständlich gern bereit, ihren Arbeitern das vertragliche Deputat an Getreide voll zu gewähren und geben es ihnen zum Teil tatsächlich, obschon sie sich damit strafbar machen. Auch Herr Braun wünscht, daß sie dementsprechend handeln. Die im vorliegenden Falle „maßgebenden" Stellen stehen aber leider auf dem entgegengesetzten Standpunkt. Vielleicht hat sich allerdings auch Herr Braun noch zu diesem bekehrt, nachdem inzwischen die Selbstversorgeration auf 12 Kilogramm Brotgetreide und 5 Kilogramm Gerste monatlich erhöht worden ist. Bis jetzt hat wenigstens noch nichts davon verlautet, daß von ihm gegen die eingangs erwähnte Verfügung Einspruch erhoben worden wäre.

Derartigen Verhältnissen gegenüber muß sich der Landwirt natürlich ganz als der Prügelknabe fühlen, zu welchem er durch die Zwangswirtschaft in aller Form gemacht worden ist. Auf der einen Seite droht ihm Bestrafung wegen Ueberschreitung gesetzlicher Bestimmungen. Auf der anderen hat er Mißhelligkeiten mit seinen Arbeitern zu gewärtigen, die in der augenblicklichen Jahreszeit auch einer ausreichenden und kräftigen Ernährung besonders dringend bedürfen. Was er tut, ist ganz gleichgültig. Er muß immer damit rechnen, daß es zu seinem Schaden ausschlägt.

Zur Hebung der Berufsfreudigkeit der Landwirte tragen derartige Zustände selbstverständlich nicht bei. Hierüber glaubt man sich aber heutzutage leichten Herzens hinwegsetzen zu können, so dringend notwendig bei der heutigen Lage der Dinge die Aufrechterhaltung und kräftige Neubelebung der landwirtschaftlichen Erzeugung auch erscheint. Mit allen möglichen kleinen und kleinlichen Mitteln wird sich freilich eine solche schlechterdings nicht im wünschbaren Umfange erreichen lassen, sondern nur durch einen ebenso schleunigen wie großzügigen Abbau der Zwangswirtschaft, auf den deshalb von allen Vertretungen und Vereinigungen des landwirtschaftlichen Berufsstandes ohne Unterlaß mit der größten Entschiedenheit hingearbeitet werden muß.

*

Der Phosphorsäuremangel, eine große Gefahr für die landwirtschaftliche Erzeugung. Bei der allgemeinen Verarmung Deutschlands an Rohstoffen jeglicher Art wird anscheinend dem Mangel eines sehr wichtigen Düngemittels — der Phosphorsäure — von den maßgebenden Stellen nicht die Aufmerksamkeit zuteil, die ihm nach Lage der Verhältnisse unbedingt gebührt. Wie groß dieser Mangel ist, geht aus einer Berechnung von Prof. M. Hoffmann-Berlin hervor, der festgestellt hat, daß der derzeitige Vorrat an käuflicher Phosphorsäure auf ungefähr ein Drittel des Friedensverbrauches zurückgegangen ist. Nur dem Umstande, daß eine gewisse Anreicherung des Bodens an diesem unentbehrlichen Pflanzennährstoffe möglich gewesen ist, ist es zu verdanken, daß die nachteiligen Folgen der gegen die Friedenszeit äußerst geringen Phosphorsäuredüngung sich nicht sofort überall zeigten. Nach und nach geht aber das in gut gedüngten Ackerböden aufgespeicherte Nährstoffkapital zur Neige, und ein erheblicher Rückgang der Ernten tritt ein, werden nicht die für das Wachstum der Pflanzen unbedingt notwendigen Nährstoffe dem Boden wieder zugeführt. Daß stellenweise auf fruchtbaren Ackerböden selbst bei Düngung ohne Phosphorsäure kein Rückgang der Ernten eingetreten ist, kann nur als Beweis dafür dienen, daß von der Natur besonders begünstigte Böden der Phosphorsäuredüngung weniger bedürfen. Auf keinen Fall darf aber daraus gefolgert werden, daß die Phosphorsäure allgemein längere Zeit ohne Schaden für die landwirtschaftliche Erzeugung entbehrt werden kann. Wollte man die Ergebnisse einiger neuerer, die Phosphorsäuredüngung als überflüssig erscheinen lassende Versuche verallgemeinern, so würde man einen schwer wieder gut zu machenden Fehler begehen. Tatsächlich wird auch die Gefahr des Phosphorsäuremangels in der landwirtschaftlichen Praxis richtig eingeschätzt, was durch die immer mehr und mehr sich steigernde Nachfrage nach phosphorsäurehaltigen Düngemitteln zum Ausdruck kommt. Der Bedarf kann aber bei weitem nicht gedeckt werden. Kein Wunder, daß bei dieser Sachlage selbst Düngemittel von zweifelhaftem Werte bereitwilligst Abnehmer finden. Die Landwirtschaftskammer Braunschweig hat sich daher erneut mit einer begründeten Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium gewandt und um Behebung des Mangels an wirksamen Phosphorsäuredüngemitteln mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gebeten. Dieser Schritt ist bereits von verschiedenen anderen landwirtschaftlichen Berufsvertretungen unterstützt worden. Gewiß ist die Aufgabe der Versorgung Deutschlands mit Phosphorsäure zu Düngezwecken sehr schwierig, weil hochwertige Rohphosphate im Inlande fehlen und die Thomasmehlerzeugung besonders durch die Besetzung der Rheinlande stark behindert ist. Da wir aber nicht dauernd auf den wichtigen Pflanzennährstoff verzichten können, sollte kein Gegenwert für zu wertvoll gehalten werden, um damit ausländische Rohphosphate einzutauschen. Natürlich muß auch in erster Linie eine höchstmögliche Ausnutzung der inländischen Rohphosphatlänger erfolgen. Es ist höchste Zeit, durchgreifende Maßnahmen zur Beseitigung des Phosphorsäuremangels zu treffen, damit nicht noch eine weitere Abnahme unserer Ernten eintritt.

Dr. Tasch.

Zuckerversorgung und Landarbeitermangel. Die Zuckerrübenanbaufläche ist in Deutschland von 370 975 Hektar im Jahre 1918 auf 299 126 Hektar im Jahre 1919 zurückgegangen. Das bedeutet eine Verminderung um 71 849 Hektar oder 19,4 Prozent. Schon die letzte Kampagne zeigte gegenüber der vorhergehenden einen sehr bedeutenden Rückgang der Zuckererzeugung von rund 7,5 auf 7 Mill. Doppelzentner, und im neuen Wirtschaftsjahr wird die Erzeugung noch weit erheblicher zurückgehen, schätzungsweise um 1 Mill. Doppelzentner, wenn nicht die Ernte überraschend gut ausfällt und einen Ausgleich schafft. Bekanntlich basiert der Zuckerrübenbau vornehmlich auf den ausländischen Wanderarbeitern, die in diesem Frühjahr nicht in genügendem Umfange von der polnischen Regierung herübergelassen sind. Einheimische Arbeitskräfte als Ersatz zu bekommen, war trotz der übergroßen Arbeitslosigkeit nicht möglich. Da in Zukunft nicht nur die polnische Regierung die Abwanderung nach Deutschland voraussichtlich weiter erschweren wird, sondern auch deutscherseits Bestrebungen im Gange sind, um die ausländischen Arbeiter fernzuhalten, so werden sich deutsche Arbeitskräfte dazu verstehen müssen, sich der Arbeit in der Landwirtschaft, insbesondere in den Zuckerrübenwirtschaften, zuzuwenden. Die Arbeitsnachweise, welche in der Versorgung der Landwirtschaft mit Arbeitskräften ihre Aufgabe erblicken, sollten sich beizeiten dieser Frage annehmen und sich schnellmöglichst an der Hand der praktischen Erfahrungen, die mit der Vermittlung der ausländischen Arbeiter gemacht worden sind, Klarheit darüber verschaffen, welche Wege begangen werden müssen, um deutsche Arbeitskräfte zur Annahme von Arbeitsverträgen zwecks Verrichtung von Zuckerrübenarbeit zu gewinnen.

Die Ziegenhaltung Deutschlands. Eine ganz enorme Steigerung hat die Ziegenhaltung in Deutschland erfahren. In den letzten Friedensjahren verfügten wir über rund 3½ Millionen Ziegen. Noch im Dezember 1915 betrug ihre Zahl auf 3,4 Millionen. Aber schon im September 1917 war sie auf 4,9 Millionen gestiegen und sie erreichte ihren höchsten Stand bei der Zählung am 1. Juni 1918, wo in Deutschland 5,3 Mill. Ziegen gezählt wurden. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß naturgemäß im Juni sämtliche Ziegenlämmer mitgezählt wurden, so daß diese Ziffer nicht zu Vergleichen mit den September-Zählungen herangezogen werden darf. Aber auch von September 1917 bis September 1918 hatte sich die Zahl der Ziegen um beinahe 75 000 Stück vermehrt. Gegenüber der Höchstziffer vom Juni 1918 zeigt die Zählung vom Juni dieses Jahres einen Rückgang auf 4 725 000 Stück. Da indessen nicht zu übersehen ist, wieviel Nachkommenschaft bis zum September noch zutritt, darf man hierin nicht ohne weiteres auf eine nennenswerte Abnahme der Ziegenzahl schließen. Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß die Milchversorgung durch die starke Zunahme der Ziegen eine erhebliche Besserung erfahren hat, so darf diese doch nicht überschätzt werden. Für Milchleistung kommen in der Hauptsache nur die über 1 Jahr alten Ziegen in Betracht. An solchen hatten wir in dem letzten Zählungsjahre vor dem Kriege (1912) 2 608 874 Stück, und schon im September 1917 war ihre Zahl auf 3,1 Mill. gestiegen. Ihren höchsten Stand erreichten die über 1 Jahr alten weiblichen Tiere im Juni 1918 mit rund 3,2 Mill. Stück. Ihre Zahl ist von da an gesunken auf 2 974 759 Stück (Gesamtzahl der über 1 Jahr alten Ziegen abzüglich rund 100 000 Böcke), so daß zurzeit im Vergleich zum Jahre 1912 sich ein Mehrbestand von 365 885 Ziegen ergibt. Rechnet man die Milchleistung dieser Ziegen auf durchschnittlich 1200 Liter, so ergibt sich immerhin eine Gesamt-Milchleistung von rund 439 Millionen Liter, die ausreichend ist, die entsprechende Leistung von mehr als 200 000 Kühen zu ersetzen.

Gegen den Zwangsanschluß an Molkereien. Die erzwungene Milchlieferung an Sammelmolkereien bedeutet für die Kuhhalter in verkehrsentlegenen Ortschaften und bei den derzeitigen Arbeiter- und Gespannverhältnissen eine so ungeheure Härte und so außerordentliche wirtschaftliche Schädigung, daß wegen ihrer, die Produktion hemmenden Wirkung im Interesse gerade auch der Verbraucher der Zwangsanschluß an genossenschaftliche und private Molkereien unbedingt aufgegeben werden, und dem Kuhhalter, den nicht die wirtschaftlichen Bedingungen seines Betriebes auf die Molkerei hinweisen, die Verarbeitung seiner Milcherzeugung im eigenen Betriebe und die Zentrifugenbenutzung gestattet werden muß. Im Kreise Jauer und Bolkenhain ist deshalb unlängst höchst beachtenswerter Weise den Besitzern, die schon im Frieden keinen Molkereianschluß hatten, gegen Hinterlegung einer Kaution von 30 Mk. für jede Kuh die Lieferung einer bestimmten Menge Butter gestattet, dagegen die Verwertung der Nebenprodukte, insbesondere der im landwirtschaftlichen Betriebe so notwendigen Magermilch ihnen freigegeben worden. Zur Voraussetzung dafür ist gemacht worden, daß die Gemeinden die Haftung für die säumigen Kuhhalter übernehmen, wobei sie sich in erster Linie an die hinterlegte Kaution halten können. Für jedes zu wenig abgelieferte Pfund Butter sollen 30 Mark eingezogen werden.

In diesem Jahre wird viel über zu große Brutlust der Hennen geklagt. Einerlei, ob viel oder wenig Geflügel gehalten und gezüchtet wird, es wird immer unlieb empfunden, wenn man zuviele der „Unermüdlichen" der ständig Brutlustigen hat. „Die praktische Geflügel- und Kleinviehwirtschaft" in Frankfurt a. O. gibt in ihrer letzten Nummer ausführliche Ratschläge, welche man dagegen anwenden soll. Brutlustige Hennen, die nicht sitzen sollen, bringen wir im Hofe oder am Tummelplatz des Hühnervolkes in einen etwa ein Geviertmeter großen, an die Wand oder an einen Zaun anlehnbaren Verschlag (man spart so eine Seite) aus Latten, die nur soweit entfernt sind, daß die Henne eben noch den Kopf hindurchstrecken kann; jedenfalls muß das brutlustige Huhn seine Genossen sehen und beobachten können. In den oben geschlossenen Verschlag kommt auch Trinkwasser und genügend Grünes, wie das Huhn auch mäßig, aber genügend Futter anderer Art bekommt. Auch eine Sitzstange ist angebracht, aber kein Nest. So eingesperrte Hühner, das Tageslicht nicht entbehrend, an Luftmangel nicht leidend, haben nach wenigen Tagen meistens die Brutlust verloren.

Hilft das Verfahren nicht, so bleibt nichts anderes übrig, als auch einen Unschuldigen auf einige Zeit seiner goldenen Freiheit zu berauben, das ist der Hahn, den man mit in den Verschlag bringt. Voraussetzung ist, daß derselbe nicht zu alt und vor allem nicht bösartig ist. — Beide Mittel, namentlich aber das letztere, sollen fast immer helfen.

Kohlennot in der Landwirtschaft. Von berufener Seite wird uns geschrieben: Die völlig unzureichende Versorgung der Landwirtschaft mit Kohlen gefährdet die Volksernährung in ernstem Maße. Feldbestellung und Getreidedrusch werden durch Stilliegen der Dampfpflüge und Dreschmaschinen verzögert und zum Teil unmöglich gemacht; größere Mengen Getreide aus der vorjährigen Ernte sind jetzt noch nicht gedroschen. Die Zuführung elektrischer Kraft als Triebmittel für Pflüge und Dreschmaschinen wird ebenfalls durch Kohlenmangel unterbunden. Dieser beeinflußt auch in nachteiligster Weise die Erzeugung künstlichen Düngers in den chemischen Fabriken, die für Aecker und Bauten nötige Kalkproduktion sowie die Herstellung und Ausbesserung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte. Landwirtschaftliche Nebenbetriebe, wie Brennereien, Molkereien, Trocknungsanlagen usw. sind durch den Kohlenmangel zu Betriebseinschränkungen oder Betriebseinstellungen gezwungen. Die Zuckerfabriken können ohne Kohlen nur einen geringen Teil der Rübenernte verarbeiten. Das Landwirtschaftsministerium erhält täglich aus den verschiedensten Gegenden Zuschriften, die die Kohlennot der Landwirtschaft und ihre unausbleiblichen Folgen schildern, es tritt mit Unterstützung des Reichsernährungsministeriums und des Landesgetreideamtes unausgesetzt und dringend bei dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung für eine ausreichende Belieferung der Landwirtschaft ein; wirksam wird der Not und ihren drohenden Folgen für Volksernährung und Gemeinwohl aber nur durch Steigerung der Kohlenförderung gesteuert werden können.

Getreidemähmaschinen
Grasmähmaschinen
Pferderechen
Handheurechen
Garbenbinder
Dreschmaschinen
für Hand- u. Kraftbetrieb
Getreidereinigungsmaschinen

Zur Ernte!
Schmidt & Spiegel,

Kartoffelerntemaschinen
Gespann- u. Gabelrübenheber
Rudolph Sacksche Pflüge
Pferdedecken
Tränkeimer Plane
Getreidesäcke
Kartoffelsäcke in bester Friedensausführung

Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen,
Magdeburger Straße 59. Telefon 6212.

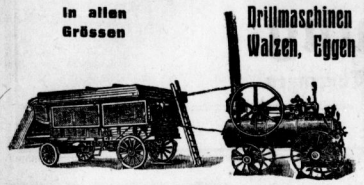
Saat-Weizen.

Zur Herbstbestellung empfehle ich als besonders ertragreich und winterfest
Strube's Squarehead-Winterweizen, I. Absaat,
anerkannt von der D. L.-Ges., zu folgenden Preisen:
bei Abnahme von 2— 19 Ztr. 29.25 Mk. f. d. Ztr.,
„ „ „ 20— 99 „ 29.— „ „ „ „
„ „ „ 100—199 „ 28.75 „ „ „ „
„ „ „ 200 „ 28.50 „ „ „ „
Abgabe nicht unter 2 Zentner. — Saatkarte und Füllsäcke sind einzusenden.
Landrat a. D. Weidlich, Landwirtschaft.
Querfurt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909032-10/fragment/page=0007

Dampf- und Motordreschmaschinen

in allen Grössen



Grasmäher
Drillmaschinen
Walzen, Eggen

Kultivatoren
Pflüge, ein- und mehrscharig
Rübenheber
Kartoffelroder
Kartoffelsortierer
Jauchefässer
Jauchepumpen
Obstpressen
Häckselmaschinen
sofort lieferbar

Witt & Krüger, Halle.

Reparaturen werden prompt und sachgemäss ausgeführt.

Die verkürzte Arbeitszeit und der herrschende Arbeitermangel bedingt vermehrte Heranziehung von **Maschinen zur Ernte** und empfehlen wir deshalb Lager:

Getreiderechen
Gabelheuwender
kombinierte Heu- und Schwadenwender
Mähmaschinen
Rübenheber
Kartoffelerntemaschinen

Motorpflüge
Lokomobilen
Motor- und Dampfdreschmaschinen
Strohpressen f. Garn u. Draht
Höhenförderer
Bindegarn.

Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen

Central-Ankaufstelle

für landwirtschaftliche Maschinen und Geräte
Halle/Saale, Merseburgerstr. 17/19. Tel. 7881.

Zweigstellen:

Halberstadt,	Nordhausen,	Zerbst,	Neuhaldensleben,
Königstr. 35.	Bismarckstr. 4b.	Bahnhofstr. 90.	Bahnhofstr. 25.
Tel. 192.	Tel. 1873.	Tel. 408.	Tel. 362.

Empfehle auf Grund der allgemeinen Bedingungen für den **Verkauf von Saatgetreide** folgendes, von der **Landwirtschaftskammer f. die Provinz Sachsen, Halle,** anerkanntes, und in **Wallwitz** und **Giersleben** in Anh. angebautes

Saatgetreide.

Zur Herbstbestellung 1919:
Strubes Dickkopf-Weizen, 1. Abs.
Eckendorfer Mammuth-Wintergerste, 1. Abs.

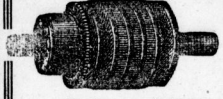
Zur Frühjahrsbestellung 1920:
Bethge-Gerste II, 1. Abs.
Strubes roter Schlanstedt. Sommerweizen, 1. Abs.
Mahndorfer frühe Viktoria-Saaterbsen, 1. u. 2. Abs.

Das Saatgetreide ist in meinen, der Neuzeit entsprechenden, mit den neuesten elektr. Reinigungs- und Trocknungsanlagen ausgestatteten grossen Speicheranlagen hergerichtet.
Auf Wunsch wird das Saatgetreide gegen Steinbrand gebeizt, getrocknet u. drillfertig geliefert. Versand ab Station Wallwitz (Saalkr.) oder Giersleben in Anh. per Nachnahme oder Vorauszahlung. **Saatkarten des zuständigen Kommunal-Verbandes bitte bei Bestellung mit einzusenden, da nur dann der Auftrag als fest gilt.** Alle Zuschriften sind nach **Wallwitz** (Saalkreis) zu richten.

A. Wernicke,

Wallwitz (Saalkreis)
Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen anerkannte Saatbauwirtschaft.

Hauptspeicher in Wallwitz nach Erweiterungsbau 1911.



Reparatur-Werkstätten für elektr. Maschinen u. Apparate.

Ankerwickelungen
Kollektorenbau.

Kurze Lieferfristen.
— Mäßige Preise. —

Rast,

Geiststr. 28.

Zur Rüben- und Kartoffel-Ernte.

Feldbahnmaterial aller Art

Gleise Weichen Drehscheiben Kippwagen
Spezial-Rübentransportwagen etc.

Lieferung größtenteils ab Lager.

Bau

von Feldbahnen für Güter und Gemeinden etc., eventuell auf genossenschaftlicher Grundlage.

— Besuche von Sachverständigen kostenlos. —

Central-Ankaufstelle der Landwirtschaftskammer
Abteilung Feldbahnen.

Landwirtschaftliche Ausstellung Magdeburg Reihe 4, Stand 20.

Ia. Wagenfett

zu Mk. 65.— pro Zentner netto, sowie alle
Maschinen-, Motoren- u. Zentrifugenöle
liefert preiswert
C. Schober, Oelgroßhandlung, **Halle a. S.**

Gute, haltbare wollene Schlaf- u. Pferdedecken

hat abzugeben

Luckenwalder Deckenfabrik,
Luckenwalde, Provinz Brandenburg.

Hafer.

Erbitte äußerstes Angeb., möglichst mit Probe, für 100 Ztr. bester Qualität.
Möbelfabrik Albert Martick Nachf., Halle a. S., Alter Markt 2.

---

ca. 500 Zentner
eingesäuerte Rübenschnitzel

mit Rübenkraut,
ca. 200 Zentner reine Schnitzel hat abzugeben.
Otto Weber, Kreis **Niederwünsch,** Merseburg.

Torfstreu, Torfmull,

deutsche Qualität liefert wieder
Jakob Blocher, Halle a. S., Magdeburgerstr. 8 Telephon 5984.

Uebernahme von
Lohnpflug Arbeiten,

Schälen, Eggen, Grubbern, Mähen, Dreschen.
Hansa-Lloyd-Motorpflug-Vertrieb,
Halle a. S., Magdeburgerstr. 60.
Fernruf 5427.

Zu verkaufen weil überzählig
2 Stock-Motorpflüge
mit Rückwärtsgang und motorischer Tiefeneinstellung,
1 Komnik-, 2 W.-D.-Motorpflüge,
ferner neuer
Daimler-Motorpflug.
W. A. Zenker,
Lohnpflug-Großbetrieb,
Berlin-Lankwitz,
Kaiser-Wilhelmstr. 17.
Lieferung sofort.

---

93. Zuchtvieh-Auktion

der Ostpreuß. Holländer Herdbuchgesellschaft
am 17. und 18. September 1919
in Königsberg i. Pr.
auf dem städtischen Viehhof.

Zur Auktion gelangen **ca. 170 Bullen und ca. 270 Sterken** bezw. junge Kühe unter 6 Jahre alt.

Versteigerung der weiblichen Tiere:
Mittwoch, 17. Sept. 1919, vorm. 11 Uhr.

Versteigerung der Bullen:
Donnerstag, 18. Sept. 1919, vorm. 9 Uhr.

Kataloge sind vom 2. Sept. d. J. ab von der Geschäftsstelle der Herdbuch-Gesellschaft Königsberg i. Pr., Steindamm 67/69, kostenlos zu beziehen.
Zuchtziel: **Höchste Milchleistung, schwere, edle Körperform, starke Konstitution, systematische Tuberkulosebekämpfung.** Auskunft über die Milchleistung der Vorfahren der Auktionstiere wird im Auktionsbüro erteilt.
Es werden nur von Bankanstalten bestätigte Schecks in Zahlung genommen.
Die Käufer brauchen Einfuhrerlaubnisscheine nicht mehr beizubringen.

Auktion edler ostpreußischer :: Pferde ::

am Montag u. Dienstag, d. 8. u. 9. Sept. 1919
auf dem städtischen Viehhofe in Königsberg i. Pr.-Rosenau. Es kommen zur Auktion
ca. 220 Pferde aus den Jahrgängen 1916 und 1917.
— Jedermann zur Auktion zugelassen. —

Zeiteinteilung:
am **Montag, den 8. Sept. 1919, vorm. 9½ Uhr:** Vorführung der Pferde an der Hand,
vormittags 11 Uhr: Beginn der Auktion.
Am **Dienstag, den 9. Sept. 1919, vorm. 9½ Uhr:** Fortsetzung der Auktion.
Aufnahme und Verladung kann nach ganz Deutschland erfolgen.
Ausstellungsverzeichnisse sind gegen Einsendung von 1 Mk. von der Landwirtschaftskammer in Königsberg i. Pr. zu beziehen. Es werden nur von Bankanstalten bestätigte Schecks in Zahlung genommen.

Landwirtschaftskammer für d. Prov. Ostpr.

Millimors

die Idealbazillen zum Hervorrufen von tödlichen Seuchen und Massensterben bei
Ratten, Hausmäusen, Feldmäusen, Hamstern
Billig! Mk. 1.50 pro Röhre, **einfache Handhabung!**

In jeder Apotheke und Drogerie zu haben. Wo nicht erhältlich, wende man sich direkt an uns unter Hinweis auf dieses Angebot! Die Herstellung in eigenem Laboratorium durch Fachleute bürgt für die Güte des Präparates! Im Sommer 1918 bei der großen Mäuseplage im Elsaß durch verschiedene Behörden mit gutem Erfolge angewandt!

— Nachahmungen weise man zurück! —

Millimors chem. bakt. Laboratorium Karlsruhe
Herrenstrasse 15.

Vicia villosa

rein, gibt ab
Saatgut Mohs bei Görlitz.

Kleeheu.

Erbitte äußerstes Angeb. für 200 Ztr. prima Qual.
Möbelfabrik Albert Martick Nachf.,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Vieh-Verkaufs-Vereinigung Bismark u. Umg.

E. G. m. b. H. (1500 Mitglieder) hält ihre

63. Zuchtvieh-Versteigerung

am Mittwoch, den 17. September, vorm. 9 Uhr in ihrer Verkaufshalle am Bahnhof Bismark-Stadt ab.

Zum Verkauf kommen **ca. 180 Haupt Rindvieh** des schwarzbunten Niederungsschlages, und zwar **tragende und frischmilchende Kühe, tragende Färsen, Bullen** (Herdbuchtiere).
Es bietet sich Gelegenheit, **erstklassiges Material** anzukaufen, auch Herdbuchtiere und Nachzucht solcher.
Nähere Angaben durch **E. Lüders, Bismark** (Altmark).
Bei der Versteigerung müssen Käufer aus der Provinz Sachsen die **Einfuhrerlaubnis** ihres Kommunal-Verbandes vorlegen, bezw. Käufer aus fremden Provinzen die der dortigen Provinzial-Fleischstelle.
Kataloge 14 Tage vorher unentgeltlich durch die Geschäftsstelle. **Der Vorstand.** J. A.: Joh. Weichard.

Schafwolle

kaufen jeden Posten für eigene Rechnung zu den gesetzlichen Höchstpreisen oder übernehmen für den Schafhalter kostenlose Vermittlung des Verkaufs u. der Ablieferung an die Kriegswollbedarfs-A.-G., Berlin, auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen
Lehmann, Sonnenberg & Co., Leipzig,
Großhandelsfirma des deutschen Wollhandels.
Telegramm-Adr.: Schafwolle. Fernspr. Nr. 3404.
Zinsfreier Vorschuß nach Eingang der Wollen in der Wäscherei. **Gutes Strickgarn** wird von uns gegen die zur Selbstversorgung freigegebene Menge Wolle geliefert. — Ortsbehördliche Bestätigung der Schafzahl ist beizubringen.

---

2 hölzerne Trockenschuppen

a) 2,20 Meter hoch, 5 Meter breit, 19 Meter lang,
b) 6,70 Meter hoch, 11 Meter breit, 21 Meter lang,
in gutem Zustande befindlich, haben preiswert auf **Abbruch zu verkaufen.**

C. Graeb & Söhne, Halle S.,
Taubenstraße 14.

Kleeseifig-Besen,

Probebdg. M. 9.50, 100 Stck. M. 75.— Nachnahme.
B. Sagalz, Aschersleben 142.

Erbsen, Bohnen,

alle Hülsenfrüchte kauft und erbittet starkbemustertes Angebot **Franz Hagedorn, Halle a. S.,** Röserstraße 1. Telefon 5886.

Der freihändige Verkauf von
Horn- und hornlosen Böcken

in hiesiger Merino-Fleischschafherde hat begonnen. Steht bei vorheriger Anmeldung am Bahnhof Sinn.
Louis Bauermeister jun.,
Gut Zicherndorf bei Sanderstorf, Bez. Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191909032-10/fragment/page=0008